

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 10.-, monatlich 3.-, ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 7. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ergebnislose Verhandlungen.

Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, hat die zweite Sitzung der Gesamtkonferenz von Spa am Dienstag, die sich mit der Entwaffnung Deutschlands beschäftigte, ohne Einvernehmen geendet.

Die Sitzung dauerte von 1/5 bis 1/8 Uhr. Ueber den Verlauf der Sitzung verbreitet WTB in später Nachtstunde folgenden Bericht:

Die zweite Sitzung wurde kurz nach 1/5 Uhr von dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Notizen der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten.

Der Reichszentraler entgegnete, daß Reichswehrminister Dr. Gessler dazu bereit sei. Reichswehrminister Dr. Gessler ging sofort in längerer Ausführung auf die ganze Entwaffnungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zustand. Unser Heer sei noch 200 000 Mann stark; das Material sei ziemlich vollständig abgegeben, wenn auch über einzelne Punkte der Abgabe noch Differenzen mit den militärischen Heerwachungskommissionen beständen.

Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Sie stellten das Minimum dessen dar, was wir brauchen angesichts der politischen Lage, die immer wieder zum Ausbruch kämen, die wirtschaftliche Depression, das Meer der Arbeitslosen, das zunahm und durch neue Entlassungen weiter vergrößert werde, die Kriegesbeschädigten, die Flüchtlinge aus den abgetretenen und besetzten Gebieten, die Schwierigkeiten, die wir mit der Eintreibung der neuen Steuern hätten. Alles das mache eine starke Macht in der Hand der Regierung notwendig. Auch sei die Regierung durch das Schicksal der 20 000 Offiziere, die von der Entlassung betroffen würden und deren Lage und deren Absichten niemand kenne, in starker Sorge. Unter den obwaltenden Umständen halte er die deutsche Regierung für außerstande, die Wehrmacht weiter zurückzuführen.

Lloyd George ergriff darauf das Wort und stellte die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Vorwurf machen, insbesondere, daß die Reichswehr statt 100 000 Mann 200 000 Mann umfasse und daß Deutschland statt der ihm zugesprochenen 2000 Maschinengewehre 50 000 habe; statt der ihm zugesprochenen 280 Geschütze 12 000.

Au Gewehren seien zwar 1,5 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits zerlegt. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Was gegen die

deutsche Regierung zu tun und was habe sie bereits getan, um diese Gewehre den Alliierten auszuliefern? Der Besitz der Gewehre sei ein politisches Gefahrenmoment von außerordentlicher Schwere. Ihm gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann betrage. Diese Gefahr wollten die Alliierten nicht mehr länger laufen, und auch für die deutsche Regierung sei dieser Zustand höchst bedenklich.

Was gedanke die deutsche Regierung dagegen zu tun? Es fehle ihr entweder am guten Willen oder an Macht. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung bis morgen vormittag bestimmte Pläne, wie sich die Auslieferung dieser Waffen und die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann gestalten solle. (Redaktionsluß.)

Dr. Heinze nach Spa abgereist.

Berlin, 6. Juli. Der Reichsminister der Justiz, Dr. Heinze, ist heute abend behufs Teilnahme an der Konferenz in Spa in Begleitung des Reichsanwalts Richter von der Reichsanwaltschaft in Belgien abgereist.

Hg. Genosse Otto Hue ist von der Regierung als Sachverständiger nach Spa berufen worden und gestern abend dorthin abgereist.

Neue Teilnehmer.

Paris, 6. Juli. Wie aus London gemeldet wird, ist Lord Birkenhead nach Spa entlassen worden, ebenso Jules Cambon. Beide sollen laut "Nouvel Courant" den Vorsitz im Auswahlgremium für die Kriegsbeschädigten übernehmen.

Die schwierige Prozentrechnung.

Amsterdam, 6. Juli. Wie "Algemeen Handelsblad" aus Spa meldet, haben gestern abend nach Besprechungen mit Lloyd George, Milletand, Sforza und Delacroix stattgefunden, wobei der letztere mitteilte, Belgien werde die 8 Prozent, die ihm auf der Brüsseler Konferenz als Anteil an der deutschen Entschädigung angefragt wurden, als angemessen ansehen, wenn Belgien bei der Bezahlung von Deutschland ein Vorkrecht erhalte, und wenn der Goldmarkt als Ausgleich gestellt werde.

Die "Algemeen Handelsblad" hinzusetzt, widersetzte sich Lloyd George mit großem Nachdruck den beiden belgischen Forderungen, worauf die Besprechung unermittelt abgebrochen wurde. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist der französische Minister in der Nacht im Extrazug nach Paris abgereist.

Spa, 6. Juli. "Libre Belgique" meldet, Minister Jasper hätte einem Mitarbeiter des Blattes erklärt, daß über die prozentuale Verteilung der von den Deutschen zu zahlenden Entschädigung noch kein Einverständnis unter den Alliierten erzielt worden sei; er hätte aber die Zufriedenheit geäußert, daß es zu einem solchen kommen werde.

Cox, demokratischer Präsidentschaftskandidat.

San Francisco, 6. Juli. (W. T. U.) Gouverneur Cox ist zum demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaft gewählt worden.

Der Aufstellung Cox' ist ein scharfer Wettkampf mit seinen beiden hauptwärtigen Mitbewerbern Mac Adoo und Palmer vorausgegangen, der über 40 Wahlgänge nötig machte. Mac Adoo marschierte bei den ersten Abstimmungen an der Spitze, während Cox, der ursprünglich ganz im Hintertreffen stand, von Abstimmung zu Abstimmung mit seiner Stimmenzahl aufstrebte und schließlich Mac Adoo überflügelte. Bei der 30. Abstimmung gelang es Mac Adoo noch einmal, einen knappen Vorsprung vor Cox zu erhalten, den er bis zum 36. Wahlgang auf 399 Stimmen gegen 377 für Cox vergrößerte. Palmer erhielt nur noch 241 Stimmen. Da immer noch kein Kandidat die absolute Mehrheit hatte, mußten weitere Abstimmungen folgen, in denen schließlich Cox siegt. Das Schlussergebnis verlief nach einer Neuzählung folgendermaßen: Die Stimmen bei der 43. Abstimmung waren: Cox 518, Mac Adoo 410. Cox wurde um 1 Uhr 40 Minuten morgen bei der 44. Abstimmung durch Zuzug zum Kandidaten nominiert.

Der Horthy-Boycott.

Unabgeschwächte Fortsetzung.

Amsterdam, 6. Juli. In der am 4. Juli in Brüssel abgehaltenen Sitzung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde der Bericht des Sekretärs des Bundes über die in Wien wegen Beilegung des Boykotts gegen Ungarn geführten Verhandlungen gutgeheißen. Es wurde beschloffen, den Boykott unabgeschwächt fortzusetzen und wegen seiner Verschärfung mit den in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten.

Der belgische Geschäftsträger abberufen.

Brüssel, 6. Juli. Der belgische Geschäftsträger in Berlin Graf de Gerardo de Dentenberg ist abberufen worden.

Neue Todesurteile gegen Aktivisten.

Brüssel, 6. Juli. Das Schwurgericht in Brüssel hat weitere vier kommunistische Aktivisten zum Tode verurteilt, den Lehrer Wannin, den sozialistischen Schriftsteller Prima, den Kaufmann Goossens und den Professor Dierck, die drei ersten sind aus Gent, der letzte aus Löwen. Der angegebene Arzt Stode aus Gent wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten 20 Jahre Zwangsarbeit und ein anderer 12 Jahre.

Franzosen und dritte Internationale.

Cachin und Frossard als Kongressgäste.

Paris, 5. Juli. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat seinen beiden Vertretern Cachin und Frossard, die sich in Moskau aufhalten, auf ihr telegraphisches Verlangen die Berechtigung erteilt, dem Kongress der dritten Internationale in Moskau konsultativ (beratend) beizuwohnen.

Ungarischer Bauernaufstand gegen Rumänien.

Blutige Kämpfe in Belenyés.

Nach einer Meldung des Ungarischen Rev.-Bureaus hat Rumänien eine ganze Division zur Niederschlagung eines Bauernaufstandes in Belenyés aufstellen müssen. Nach Auslösung wurde eine große Anzahl verwundeter rumänischer Soldaten gebracht. In Belenyés wurden 28 Aufrechter getötet und sehr viele verwundet. Das ganze Aufstandsgebiet ist vom Militär abgesperrt.

Einigkeit und ...?

Die Arbeiterchaft Groß-Berlins hat gestern im Lustgarten für einschneidende Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit demonstriert. Gemeinsame Not und Gefahr haben die Massen zusammengeführt, und keinem von denen, die da Schulter an Schulter marschierten, sah man an, ob er „S. P. D.“ war oder U. S. V., oder R. V. D. oder A. V. D. Es war eine mächtige Kundgebung, die völlig diszipliniert verlief, bei allen Teilnehmern den stärksten Eindruck hinterließ und nicht ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung bleiben wird.

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand am gleichen Tage die sozialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit. Ihre Beratung mußte vertagt werden, weil fast die ganze Regierung in Spa ist und man ohne sie nicht verhandeln kann. Aber man weiß wirklich nicht, ob man diese Verhandlung bedauern darf oder ob man sie begrüßen muß, weil bei ihrer Beratung vielleicht doch nichts herausgekommen wäre wie ein Hauf der sozialistischen Fraktionen.

Von den Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion sind viele in den neuen Reichstag hineingegangen mit dem festen Vorsatz, auf die Wiedervereinigung hinzuwirken, sei es auch unter den größten Opfern. Man kann sagen, daß heute nach den bisherigen Erfahrungen, die Stimmung dieser Genossen zwischen Verzweiflung und Gelächter schwankt. Das Verhalten der unabhängigen Fraktion ist bisher so, daß die Kritik immer wieder zu demselben Ergebnis drängt: Unmöglich ernst zu nehmen! Mandatmal gewinnt es den Anschein, als ob die Unabhängigen mit Borbedacht die Rolle der Sumoristen im Reichstag spielten, als ob sich auf den Rücken der äußersten Linken Volkstümel und Parole, Kasperle und Sandsturm ein Stelldichein gegeben hätten. Es ist der reine parlamentarische Machtkampf, den Ledebour geschäftig dirigiert, während Breitweid lang, gleichgültig, blasiert und ein wenig verächtlich durch das bunte Geklügel hindurchschleicht.

Trotzdem ist natürlich nicht zu bestreiten, daß es auch in der unabhängigen Fraktion ernste Leute geben dürfte, die sich über das bisherige Verhalten der parlamentarischen Grümlinge wahrscheinlich schon längst ihre eigenen Gedanken machen. Man darf den Mut nicht verlieren, einmal kommt auch der Tag, an dem die Vernunft siegt. Aber vorläufig ist's noch untröstlich.

Der gestrige Tag brachte eine ganze Serie erschütternder Momente der Unabhängigen Fraktion. Zunächst handelte es sich um den Steuerabzug, der nach einem gemeinsamen Antrag der Mittelparteien und der Sozialdemokratie nunmehr, unter Befreiung der kleinsten Einkommen geklärt werden soll. In der Kommission hatten sich alle Parteien, einschließlich der Unabhängigen dahin verständigt, daß der Antrag, der zweifellos eine Verbesserung bedeutet, ohne Diskussion erledigt werden sollte. Zum allgemeinen Erstaunen aber ergreift Eichhorn (U. S. P.) das Wort, um den Verbesserungsantrag abzulehnen, der nur eine „Verschiebung“ sei. Die Redner der anderen Parteien verweisen auf den Gegensatz der Haltung der Unabhängigen in der Kommission und im Plenum, die unabhängigen Kommissionsmitglieder versuchen sich, verwirrt, verlegen, herauszureden und können doch nicht den Eindruck verwischen, daß sie wegen ihres schlichten Verhaltens in der Kommission eine Nase gekriegt haben, daß wieder einmal Unentwegtheit über Vernunft einen radikalen Sieg erröchten hat.

Bei der Abstimmung nehmen die Unabhängigen die beiden ersten Paragraphen, die die kleinsten Einkommen freilassen, an, lehnen aber den dritten, der den Abzug von den größeren Einkommen nach oben staffelt, unter allgemeiner Heiterkeit ab. Woran haben sie da Anstoß genommen? Etwa daran, daß jetzt von einem Millioneninkommen gleich 55 Proz. in Abzug gebracht werden sollen? Gleichviel! Die Ledebourläden lehnen erst den dritten Paragraphen, dann das ganze Geck ab. Eine große Tat ist vollbracht.

Natürlich wird das Geck angenommen. Den Unabhängigen ist es mit keiner Ablehnung auch gar nicht ernst. Sie haben ja in der Kommission zugestimmt, daß es sofort mit geschäftsordnungsmäßiger Beschleunigung erledigt wird, sie erheben dagegen auch im Plenum keinen Widerspruch. Aber sie sind wieder einmal gegen etwas gewesen, das macht Spaß und kostet nichts.

Zweiter Akt. Auf der Tagesordnung steht das Diätengesetz. Eine fatale Sache. Am schönsten wäre es natürlich, die Abgeordneten könnten auf die Diäten verzichten, leider aber haben auch sie die Kunst, von der Luft zu leben, noch nicht gelernt. Wenn man aus dem Reich nach Berlin kommt, hier wohnen und offen muß, kostet das heutzutage viel Geld. Krüher gab es keine Diäten. Bismarck meinte, daß das M.-d.-R.-Spielen eine Sache nur für reiche Leute sei. Die Arbeiter zahlten aber ihren Abgeordneten die Diäten, die sie zum Leben brauchten, aus eigener Tasche und brachen so den Mannensbann. Dann wurden Diäten

aus der Reichskasse eingeführt, das war ein Sieg über die Blutsfraktion.

Die Unabhängigen haben gestern das Diätengesetz abgelehnt. Warum? Ledebour findet die Abzüge, die man den Abgeordneten im Fall ihrer Abwesenheit macht, „entwürdigend“. Es ist ersichtlich, die „Würde“ der Abgeordneten fordert, daß sie Steuergelder schänden ohne jede Gegenleistung? Auf diese Weise würde ja das Mandat zur Einreise, zur letzten Urkunde werden für Nichtstuer. Wenn ein Abgeordneter die Kosten eripart, die ihm der Aufenthalt in Berlin verursacht, warum soll ihm das Reich dann die Kosten bezahlen? Aber was sind Gründe gegen Ledebour? Die Ledebourischen stimmen gegen den Abzug und dann gegen das ganze Gesetz.

Natürlich wollen sie wiederum — um alles in der Welt nicht! — die Ablehnung des Gesetzes. Wiederum erheben sie gegen schleunigste Erledigung keinen Widerspruch. Sie haben es zum mindesten nicht weniger eilig, die Diäten einzufordern wie die anderen Abgeordneten. Aber jetzt können sie sich in die Brust werfen und sagen: „Wir haben dagegen gestimmt!“ (Nämlich wegen des Abzugs.)

Dritter Akt — und nun kommt das dicke Ende. Eine Geschichte, um an den Wänden hinaufzuwachen! Zuletzt soll noch ganz schnell das sogenannte Ermächtigungsgesetz verabschiedet werden, wonach in Abwesenheit des Reichstags von der Regierung in Verbindung mit einem Mitgliedern Reichstagsausschuß dringende wirtschaftliche Anordnungen getroffen werden können. Frau Rich man glaubt, wenn es einmal nicht Ledebour in) spricht gegen das Gesetz. Einer Kommission dürften so weitgehende Vollmachten nicht eingeräumt werden, alle wichtigen Entwürfe müßten vor das Plenum.

Man erwartet, daß es so kommt, wie im Fall I und II. Schreckenslehre: keine ernsthafte Verbindung. Aber diesmal schnappt es. Ledebour (wieder) und Rosenfeld erheben Einspruch gegen die dritte Lesung, das Gesetz kann nicht verabschiedet werden — und der Reichstag vertagt sich.

Ob sich nun auch ein einziger Unabhängiger über die Folgen dieses Streiches klar geworden ist?

Der eigentliche Zweck des Ermächtigungsgesetzes war es, dem Reichstag Gelegenheit zur Mitwirkung zu geben bei der neuen Festsetzung der Getreidepreise. Die jetzt mit größter Beschleunigung endgültig erfolgen muß. Das ist durch den Einspruch der U. S. P. verhindert worden, die Preise für die neue Ernte müssen aber festgesetzt werden, die Unabhängigen haben also einfach verhindert, daß die Festsetzung durch den Reichstag beziehungsweise durch die von ihm bestimmte Kommission erfolgt. Das bedeutet nicht nur in formalrechtlicher Beziehung eine Ausschaltung des Reichstags, sondern auch sachlich eine Gefahr. Es bestanden nämlich begründete Aussichten, mit Hilfe der Reichstagskommission die von der Landwirtschaft geforderte und von der Unterkommission gutgeheißene 50prozentige Preiserhöhung herabzumindern, zumal auch die bayerische Regierung bereits eine Ermäßigung des Preises um 340 M. pro Tonne befristet hatte. Der Zweck des Ermächtigungsgesetzes war also, kurz gesagt, die Entscheidung in die Hand des Reichstags zu legen und die Position der städtischen Konsumenten zu verbessern.

Wenn jetzt ohne den Reichstag nur mit dem Reichsrat verhandelt wird, und wenn dabei die Interessen der städtischen Verbraucher geschädigt werden, so können sich die Arbeiter dafür bei den Unabhängigen bedanken.

Vielleicht wird dieser Fall die Fraktion der Unabhängigen zu der Einsicht bringen, daß die parlamentarische Arbeit für bloße Karrenposten zu ernst ist! Vielleicht sieht sie ein, daß sie das Publikum für das sie dieses Theater spielt, unterläßt hat! Lange kann es sonst keinen Fall so weitergehen, denn eine verantwortungslose Radikalarbeit wird niemals als wirkliche Klassenvertretung des Proletariats gelten können.

Der Genius.

Von Arthur Silbergleit.

Der Genius schwebte zum Sonnenfall des Himmels empor und lagerte sich dicht vor dem Thron des Herrn, dessen Haupt Vuffard und Taube friedlich umkreisten. „Was ist dein Begehren, mein Sohn?“ „Ich möchte dir immer ähnlicher werden, heiliger Vater!“

Da ringelte der Herr das Haupt seines Sohnes so kraus, daß es gleich schwarzen Schlangen von seinem Haupte herniederzüngelte und daß sich seine Locken gleich dunklen Pflanzen auszaden, sprachte in seine Blide das Feuer seiner Blige hinein und steigerte die Gewalt seiner Stimme so titanenhaft, daß in ihr die Donner der Vergötter, Lawinen und Löwen und die säkralen Bohnenfrüchte seiner Vulkanen und Meere verworren durcheinandertönten.

Der Genius entbraute wieder färlertwärts, und wie er die Blige seiner Blide in die Weite sprühen ließ und die Donnerkeile seiner Worte auf die Menge niederschmetterte, rannnte das Volk von ihm wie von einem Kadenden fort, aber hinter dem Himmenschwung seiner Fittiche rauschten die wissenden Wälder feierlich.

Erinnerungen an Klinger. Ich glaube, es wird kaum einen großen Künstler unserer Zeit geben, aus dessen persönlichem Leben so wenig Anekdoten und Charakterzüge bekannt geworden sind wie aus dem Leben Klingers. Seine Weltanschauung hat er in seinen Graphiten, Gemälden und Pastellen niedergelegt, seine Kunstanschauung in der Schrift „Kunst und Zeichnung“. Ueber Welt und Kunst zu sprechen, liebte er nicht, er war schweigsam, wenigstens Fremden gegenüber. Bittere Erfahrungen, die an seine römischen Tage und an seinen Verkehr mit dem unglücklichen Maler Stauffer-Bern anknüpfen, mögen ihn zur Vorsicht erzo-gen haben. Die schmutzigen Verleumdungen und Skandalgeschichten, die nach dem Tode des Stauffer-Bern über Klinger verbreitet wurden, und die ihn sogar zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung mit dem Redakteur einer großen Berliner Tageszeitung verleiteten, liegen ihn namentlich der Presse gegenüber die größte Zurückhaltung beobachtend. Besonders von der Kunstkritik hielt er nicht. Sie hatte ihn in der Zeit, als er noch um Anerkennung rang, zu miserabel behandelt, und der Weisheit, den sie ihm später spendete, konnte ihn nicht mehr rühren. Ich erinnere mich, daß er mir vor Jahren auf die Frage, ob er nicht einen einzigen unter den damaligen Berliner Kritikern als sachverständig gelten ließe, so antwortete: „Ludwig Vietz! Der ist selber einmal Maler gewesen und kann wenigstens technische Qualitäten beurteilen.“ Dabei gebürde der alte Vietz gerade zu den Kunstschreibern, die die damals moderne Richtung, die Klinger vertrat, auf das unverständlichste und ungeschickteste bekämpfte.

Aber einen erkannte er trotzdem an, freilich war das kein „Preussisch-Berliner“, sondern der damalige Kritiker der „Leipziger

Was kann da die Sozialdemokratische Fraktion für die Einigkeit tun? Weniger als nichts! Denn würde sie der gemeinsamen Aktion zuliebe auch alle Hanswurtereien mit-machen, die Unabhängigen würden sich sofort noch hand-würziger benehmen, um sich von den „Rechtssozialisten“ zu unterscheiden. Das Remen machen wir nicht mit. Es bleibt nichts anderes übrig, als geduldig abzuwarten, bis sich der Unfug verlaufen hat und die Vernunft zurüchlehrt!

Rein bürgerliche Regierung in Bremen.

Dank Henkes mutiger Abstimmungs-politik und als Folge eines unabhängigen Wahlergebnisses.

Aus Bremen wird uns geschrieben:

Seitdem am 6. Juni gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Bremer Bürgerchaft neu gewählt wurde, besteht in Bremen Regierungskrisis. Die alte Koalition, also Sozialdemokratie und Demokratie, verlor in der Neuwahl die Mehrheit. Die Sozialdemokratie erklärte sich daraufhin erneut zu einer Regierung der beiden sozialistischen Parteien bereit, die auch ohne die Kommunisten einige Mandate mehr hat als alle bürgerlichen Parteien zusammen. Die Unabhängigen haben aber die rein sozialistische Regierung abgelehnt. Sie fanden zwar Widerspruch in den eigenen Reihen und selbst die Bremer Kommunisten erklärten die Behinderung der rein sozialistischen Regierung, die auf parlamentarischen Wege zu bilden war, durch die U. S. P. als Arbeiterverrat. Die U. S. P. würde in einer rein sozialistischen Regierung auf Grund des Wahlergebnisses ein starkes Übergewicht gehabt haben. Trotzdem blieben die unabhängigen Führer bei der Ablehnung der sozialistischen Regierung. Henke erklärte ihre Aussichten für zu unsicher. Der Vorsitzende der unabhängigen Bürgerchafts-Fraktion Senoßyndikus Dr. Altmüller, bis zum November 1918 eine Stütze des bremischen Infanterie-Regimentes, erklärte die gegenwärtige Reichsverfassung für „zu große Hindernisse des revolutionären Wirkens“ in einer sozialistischen Regierung. Die Unabhängigen haben eben in Wirklichkeit noch eine zu lebhaft Erinnerung an den Bankrott ihrer Regierungskrisis in der bremischen Ätere-publik der ersten Revolutionen, die bereits vor dem unglückseligen Einmarsch der Reichstruppen zu einem vollständigen Chaos geworden war.

Da unsere Partei mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen wollte, blieb nichts anderes übrig, als der bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung zu überlassen. Volkspartei und Demokraten, die zusammen etwa 50 von 120 Bürgerchaftsmitgliedern haben, werden einen rein bürgerlichen Geschäftskreis bilden. Der Sozialdemokratie, die das Jünglein an der Waage bildet, wird die Aufgabe zufallen, im Senat Provokationen der Arbeiterchaft und einen Abbau der Fortschritte seit dem November fernzuhalten. Ihre Wirksamkeit ist aber dadurch gelähmt, daß auf Grund des „Siegess“ der Unabhängigen ein besserer Senat nicht gebildet werden kann. Jemande Regierung muß aber zur Erledigung des Staatshaushaltsetats und der dringenden haushaltlichen und kommunalen Aufgaben gebildet werden.

Sind diese dringenden Aufgaben erledigt, so dürfte sich die Regierung der bürgerlichen Mehrheit kaum mehr halten und Neuwahlen rücken daher bereits wieder in nächste Nähe. Schon heute kann gesagt werden, daß dann die U. S. P. die Diktatur für ihr Verhalten bekommen wird, das trotz sozialistischer Mehrheit einer rein bürgerlichen Regierung unter volksparteilicher Führung in den Sattel half.

Vollzeitung. Hans Merian. Auf das Urteil dieses feinen Künftlers und unwürdigen Bohemiens glaubte Klinger mit Recht sich verlassen zu dürfen. Merian war einer der Wenigen, die die Entstehung des „Veetihoven“ Schritt für Schritt miterleben durfte und dessen Rat nicht verachtet wurde. Er hatte Klingers Bedeutung früh erkannt und war tapfer für den Vielverächterten eingetreten. Als es sich seinerzeit darum handelte, die Leipziger Universität mit Wandgemälden zu schmücken und die Wahrgewordenen von Klingers Mitwirkung nicht wissen wollten, hatte Merian einige Unversittätsbungen gegenüber das große Wort gesprochen: „Wenn eure Akademiker euch die Hände bemalen, dann trübt nach zwanzig Jahren kein Hahn mehr danach. Aber wenn euch Klinger gegen eine Wand lacht, dann werden die Leute noch nach Jahrhunderten beschimpfen, um es zu bewundern!“ Als Merian nach, ist Klinger sogar selber unter die Journalisten gegangen und hat das Andenken des Fremden in einem schönen Nachruf geleiert.

Im Jahre 1893 hatte Klinger sich nach der Beendigung seiner Lehr- und Wanderjahre dauernd in Leipzig niedergelassen. Er war damals schon ein berühmter Mann, aber es dauerte doch noch lange Zeit, bis aus die Bewohner seiner Vaterstadt ihn nach Gebühr wertschätzten. Zwar kannte und ehrte ihn jeder Götze-Spieler, aber nicht als Künstler, sondern als den Sohn der reichen einheimischen Paritzierfamilie. „Seelen-Klingers Wage“, wie die ältere Generation ihn nannte, ließ sich diese Art von Konularität gern gefallen und war ein einseitiger Leipziger Lokalpatriot. Ich erinnere mich einer freudtrüblichen Sommernacht auf der Leipziger Throterterrasse. Zwischen Merian, Bruno Schoenlant, Sade-lum, dem Münchener Michael Georg Conrad und anderen waren lebhaft Debatten im Gange gewesen und Klinger hatte sich als höflicher, aber meist stummer Zuhörer gehalten. Da stimmte Schoenlant das alte Studentenlied von der „großen Seefahrt Leipzig“ an und im Ra wurde Klinger lebendig. Er erzählte aus seiner Kinderzeit, wie da noch die großen Wiesenüberflutungen gewesen wären und der Fremde, der sich Leipzig aus einer bestimmten Richtung näherte, sehr wohl den Eindruck einer Seefahrt hätte haben können; es sah gar nicht darüber zu lachen um. Anfangs glaubten wir, er wolle scherzen machen, dann aber sah man: es war ihm heiliger Ernst. Seelen-Klingers Wage wollte kein geliebtes Leipzig selbst im Studentenliede nicht verulken lassen.

Wilhelm Vodes Rücktritt von der Generaldirektion der Staatlichen Museen wird angekündigt. Es heißt, daß Vodes' Abreise durch die Verleumdungswirren allzu sichtbar geworden, der Grund seines Abtrittsgeheuchtes seien. Zugleich wird angedeutet, wie man, das heißt der Scheidende selbst, die zukünftige Leitung der Sammlungen sich denkt. Er von Halle wird als geeigneter Kandidat genannt, und Vodes hofft auf weitere kommissarische Verwendung für gewisse, ihm besonders aus Herz gewonnene Teile des Kaiser-Friedrich-Museums. Er möchte also gewissermaßen so läßt sich vermuten, der unverantwortliche Leiter wichtiger Sammlungsreise bleiben. Es wird reichlich zu prüfen sein, ob eine solche Regelung sich mit einer energiegelassen, einheitlichen Leitung und Weiterentwicklung der Museen verträgt. Nämlich ist es natürlich zu verstehen, daß es einen Mann wie Vodes immer wird, die Hand ganz vom Flügel zu lösen und das Feld in aller Arbeit einer neuen Kraft mit eigenen Ideen und eigenem Willen zu überlassen.

Der Kampf gegen den K. F. B.

In Potsdam fand am Freitag, den 2. Juli, eine öffentliche Versammlung des Republikanischen Führerbundes statt.

Vom Art. Regt. 3 Potsdam wurde der Besuch dieser Versammlung am Nachmittag des 2. Juli verboten. Eigentümlicher Weise war der Befehl, der den Batterien bekanntgegeben wurde, nicht unterschrieben.

Am Sonnabend vormittag wurden die Mannschaften der 5. Batterie, die an der Versammlung teilgenommen hatten, vernommen und sollten am Montag, den 5., dem Gerichts-offizier zur Vernehmung vorgeführt werden.

Was sagt der Herr Reichswehrminister hierzu?

Nach einer Unterredung, die die Bundesleitung des K. F. B. mit dem Herrn Reichswehrminister vor einiger Zeit hatte, sollen Vor-geleite, die den Besuch der Versammlung des Republikanischen Führerbundes verbieten, zur Rechenschaft gezogen werden.

Von der 5. Batterie des K. F. B. 3 befindet sich der Führer Goldschmidt in Haft, angeblich, weil er für den „Noten Soldatenbund“ — so nennt ein Offizier dieser Formation den Republikanischen Führerbund — geworden haben soll.

Der Republikanische Führerbund will für unbedingte Verfassungstreue ein, und es wird endlich Zeit, daß der Bund von den Regierungsstellen, denen ja nur davon gelegen sein kann, die Verfassung geschützt zu wissen, Unterstufung findet.

Der Gefreite Sammerle, Angehöriger einer Formation, die in Wandsdorf ihr Quartier hat, befindet sich seit dem 30. Mai in Haft, weil er während der Kapptage seine Verfassungstreue bewiesen hat. Es heißt jetzt: Er habe den Geist der Truppe in linksradikaler Weise beeinflusst. Unterstufung dieses Falles ist dem Republikanischen Führerbund von seiten des Reichswehrministeriums zugesagt.

Offenlich wird diese Unterstufung etwas beschleunigt, damit die Haftzeit des Gefreiten Sammerle endlich beendet wird.

Der Metallarbeiterstreik im Saargebiet.

Ein rein wirtschaftlicher Kampf.

Saarbrücken, 6. Juli. Die in den Streik getretenen Metallarbeiter des Saargebietes veröffentlichen zur Erklärung ihres Vorgehens eine Uebersicht über den von ihnen im Mai verdienten Lohn. Danach bezog ein lediger Mann wöchentlich 178 M., ein Ehepaar 268 M., ein Ehepaar mit zwei Kindern 370 M. Die Erbitterung der Metallarbeiter richtet sich hauptsächlich dagegen, daß sie halb so viel wie die in Franken entlohten Grubenarbeiter verdienen. Alle Versuche, die Unternehmer zu einer Lohnaufbesserung zu veranlassen, sind gescheitert. Die Unternehmer haben den Arbeitern entgegen, daß sie sowohl die Lohnherhöhung als auch die Frankenhöherung ablehnen müßten. Die Metallarbeiter betonen ausdrücklich, daß es sich bei dem Streik nur um einen wirtschaftlichen Kampf handle und daß sie es hätte ablehnen müssen, wenn von politischen Drahtziehern der Versuch gemacht wird, die Bewegung ins politische Fahrwasser zu leiten. Es ist anzunehmen, daß man von französischer Seite aus den Versuch machen wird, in den Streikungen, die sich aus dem Streik ergeben werden, den Vorwand zu finden, um über das Saargebiet den militärischen Besetzungszustand zu verhängen. Der Deutsche Metallarbeiterverband fordert deshalb seine Mitglieder auch auf, Kaufkäufe zu vermeiden und die Straße frei zu halten und sich nicht zu unbesonnenen Handlungen hinreißen zu lassen.

Saarbrücken, 6. Juli. (PZ) Die gesamte Batten- und Metallindustrie steht jetzt im Streik mit Ausnahme der Salzbiger Hütte. Die im deutschen Metallarbeiterverbande organisierten Arbeiter haben gestern allerorts in geheimer Abstimmung sich für die Fortsetzung des Streiks erklärt.

Nach nicht hinreichend. Detmold, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Mitteilung, daß die demokratische „Heftige Landeszeitung“ an den Stimmens-Kongress verkauft sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die Landeszeitung wird in der bisherigen demokratischen Tendenz vom gleichen Besitzer, dem früheren Abgeordneten Dr. Neumann-Hofer weitergeführt.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht hat vor kurzem eine neue Abteilung gegründet, die auf den Gebieten der künstlerischen Erziehung der Jugend und der allgemeinen volkstümlichen Kunstpflege tätig sein wird. Die neue Abteilung wird ebenso wie die anderen Abteilungen des Zentralinstituts ihre Wirksamkeit vor allem auf die Sammlung und Ausnutzung des vorhandenen Materials erstrecken. Außerdem soll mit künstlerisch und pädagogisch bewährten Persönlichkeiten und Einrichtungen in Verbindung genommen werden, um Anregungen aller Art zu geben zur Förderung des Kunstverständnisses in den Schulen und zur Bekämpfung unästhetischer Bestrebungen auf den Gebieten der Literatur, des Theaters, des Bildschils, der Musik und bildenden Kunst. Durch praktische Beispiele will die Kunstabteilung des Zentralinstituts Wege zeigen, die zu künstlerischer Bewusstseinsbildung und Geschmacksbildung in der Schule führen können. Diesem Zweck sollen unter anderem Jugendliche dienen, die vom Recht ab verbannt werden. Die Förderung volkstümlicher Kunstpflege wird angestrebt durch Einrichtung einer Auskunfts- und Beratungsstelle, die allen kommunalen und privaten Körperchaften gute Programme ausarbeiten und auch geeignete Künstler heranzuziehen bemüht sein wird. Die Geschäftsstelle befindet sich Potsdamer Str. 120.

Klingers Atlet, eine Bronzestatue, wird auf der Grabstätte des Künstlers ongestellt werden. Es hat Klinger selbst bestimmt. Die Totenmaske hat der Leipziger Bildhauer Joh. Hartmann abgenommen.

Theater. In der 3. Allsiedler gelang am 10., 11. und 12. Juli, nachmittags 3 Uhr, „Die Fledermaus“ unter Mitwirkung des Bühnener-Direktors zur Aufführung. — Direktor Samonowits hat an Stelle Wolfer als ersten Dramaturgen Emil Lind verpflichtet, der aber nie höher als als Schauspieler und Spielleiter am Leipziger-Theater tätig sein wird.

Der Bericht der Staatsober über die letzte Spielzeit stellt fest, daß von 267 gegebenen Opern 188 von deutschen und 79 von ausländischen Komponisten stammen. 117 Abende waren den Schülungen lebender Komponisten gewidmet. Am ganzen erschienen 51 verschiedene Werke gegen durchschnittlich 36 der 5. Spielzeit und 46 der beiden letzten Friedensjahre. Von diesen waren 36 deutschen und 15 fremden Ursprungs. 17 stammen von lebenden Autoren.

An Komponisten waren 26 Deutsche und 10 Ausländer, im ganzen 36 beteiligt, darunter 12 lebende Meister. Im nächsten vertrieben war Richard Wagner (an 46 Abenden), Verdi (mit 35 Abenden), Richard Strauss (mit 28 Abenden), Puccini (mit 22 Abenden), Bizet wurde gespielt an 16, u. Albert und Bizet an je 12, Beethoven an 8, Mozart an 7 Abenden.

An Neubeiten sind vorgegeben: die Opern „Hansert“ von Reemzel (Tobler), „Die Gezeichneten“ von Scherer (Dezember), „Die Jodeler“ — Antontime — von Richard Strauss, als Uebersetzung in Deutschland (Januar). „Das Christelchen“ von Viktor (Februar), „Luzandot“ und „Aischung“ von Saroni (April).

Geplant sind an christlichen Veranstaltungen ein Richard-Strauss-Fest, der Aufführungen des „Rings des Nibelungen“ und ein volkstümlicher Festus der Werke Richard Wagners.

Das Bühnener-Direktor abt am 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der Reuen Welt ein Konzert mit dem Volksliederchor des Berl. Sängers. Vornen: Paul Schilling. Karten auch in der Buchhandlung Bornhans, Lindenstr. 2

Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.

Der zehnprozentige Steuerabzug hat in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten lebhaftesten Widerspruch ausgelöst, weil er auf die sehr verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Steuerzahler keine Rücksicht genommen hat.

- a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen für 5 M. täglich,
b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen für 30 M. wöchentlich,
c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten für 125 M. monatlich

Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltsführung des Arbeitnehmers zählende Person im Sinne des § 20 Abs. 2 in dem Maße des Abs. 1, a um 1,50 M., in dem Maße des Abs. 1, b um 10.— M., in dem Maße des Abs. 1, c um 40.— M.

Ob und inwieweit die Vorschriften der Absätze 1, 2 im einzelnen Falle anzuwenden sind, ist von dem Arbeitgeber festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist in Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuss oder der Betriebsobmann gütlich zu hören.

Arbeitnehmer, die nicht unter § 45a fallen, können bei dem Finanzamt die Ausstellung einer Bescheinigung über den Hundertstel des Arbeitslohnes verlangen, der von jedem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen ist.

Table with 2 columns: Lohnhöhe (von 15000 bis 30000 M., etc.) and Steuerabzug (15 v. H., 20 v. H., etc.).

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft. Die bis zum 1. August 1920 auf Grund der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenen Beträge werden auf die nach diesem Gesetze einzubehaltenden Beträge angerechnet.

Der Reichsminister der Finanzen erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes.

Wirtschaft Eine neue Bankvereinigung.

Die Verschmelzung großkapitalistischer Kassenvereinigungen schreibt sich seit Jahren ab. Die Berliner Nationalbank für Deutschland gibt ihre Selbstständigkeit auf und geht auf in der Deutschen Nationalbank in Bremen.

Gegen der Erde. Roman von Knut Hamsun.

Das war das allerwichtigste, und die beiden Nachbarn besprachen die Sache nach allen Seiten, während sie eine Weile nach der anderen zurücklegten. Es war eine große Neugier, vielleicht die größte in der ganzen Geschichte der Ansiedlung, und es gab viel zu besprechen: Mit wem wollte der neue Ansiedler Handel treiben? Mit den acht Gehöften auf der Almände? Oder hoffte er auch auf Kunden aus dem Dorfe? Auf jeden Fall würde ein Kaufladen von großer Bedeutung sein, vielleicht vermehrte das auch die Kolonisierung, und die Güter stiegen im Preise, wer konnte es wissen!

Bremen, ist unter Vorbehalt der Zustimmung beider Generalversammlungen ein Vertrag zustande gekommen, auf Grund dessen eine Vereinigung beider Institute mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1920 ab erfolgt. Um die Gesellschaftsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bremen, ihr Kapital um 90 Mill. M. erhöht und diese Aktien den Aktionären der Nationalbank für Deutschland zum Unterauf im Verhältnis von 1:1 anbietet.

Die vereinigten Banken wurden also nicht als Aktiengesellschaft, sondern als Kommanditgesellschaft auf Aktien fortgeführt. Hierdurch werden Vorrechte der Gründer der Berliner Nationalbank auf den Bezug neuer Aktien zum Kennbetrag beseitigt.

Table with 2 columns: Bank Name and Capital (Mill. M.). Includes Disconto-Gesellschaft (310), Deutsche Bank (275), Dresdner Bank (200), Darmstädter Bank (220), Commerz- u. Privatbank (200), Nationalbank (141), Berliner Handels- u. Ges. (110), Mitteldeutsche Credit (90).

Danach hat bisher die Commerz- und Privatbank ihr Aktienkapital am stärksten erhöht, nämlich um 115 Mill. M. Man darf nach der bisherigen Entwicklung gespannt sein, ob die Expansionsbewegung weitere Kreise ziehen und auch auf unsere größten Bankinstitute übergreifen wird.

Generalversammlung der Disconto-Gesellschaft. Die Generalversammlung war wiederum, wie in den Vorjahren, Angelegenheiten gewidmet. Der Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Marg, bemängelte zunächst die kurze Fassung des Geschäftsberichts der Bank und die Tatsache, daß die Gewinnbeteiligung der Verwaltung im Gegensatz zu der Verlogenheit früherer Jahre, diesmal nicht mehr getrennt von den Lantimen der übrigen Angestellten erscheint.

Kontinuität der Konzentration. Die beiden bekannten Zerkuldenfabriken Heinrich Heberlein und H. G. Megger haben sich zu einer Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 3 Mill. M. zusammengeschlossen.

Der Haserpreis steigt weiter. Am 1. Juli festgestellte Preise der Berliner Produktendörse am 6. Juli: Haser pro 1000 Kilogramm loco 2840-3000 ab Speicher frei Wagen, auf Abladung 2760 bis 2820 M. ab Station. Tendenz fest. — Richtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktorien 140-185 M., gelbe und grüne Erbsen 110-145 M., Belusken 80-90 M., Akerbohnen 95-115 M., Widen 80-90 M., Lupinen, blaue 45-55 M., gelbe 50-65 M., feinste Saatwaare über Rotz, Serradella 40-50 M., Bienenheu lose, altes 27-29 M., neues 18-22 M., Stroh, drahtgepreßt 10-11 1/2 M., gebündelt 8 1/2-9 1/2 M., Trockenstängel 50 bis 60 M., Patent Stiefen 90-95 M.

Es wird gefahren und gefahren. Jeder Balken ist schon genau zugehauen, sie brauchen, wenn der Frühling kommt, nur zusammengefügt werden, das ist sein ausgerechnet, die Balken haben laufende Nummern, und es fehlt keine Lücke, kein Fenster, ja nicht eine farbige Glascheibe für die Veranda. Und eines Tages kommt ein Wagen mit einer hohen Last von Latten daher. Was ist das? Einer von den Ansiedlern unterhalb von Freidoblad weiß es; er ist aus dem Süden und hat das schon früher gesehen. „Das gibt einen Gartenzaun,“ sagt er. — Der neue Mann will sich also hier auf dem Lande einen Garten anlegen, einen großen Garten.

Fortdauer der japanischen Wirtschaftskrise. Die wirtschaftliche Bedrücktheit hält, nach einer Meldung von Jossandich Nietsuaburo, in ganz Japan an und erfordert viele Opfer. Die Komiofabrik, die sehr wichtige Textilinteressen hat, hat ihre Zahlungen eingestellt. Der Präsident der Bank hat Selbstmord verübt. Auch der bekannte Millionär Sawia Jia beging Selbstmord.

Berichtszeitung. Der Massenmörder Schumann vor Gericht.

Im Laufe der weiteren Zeugenvernehmungen, die über dem Geisteszustand des Angeklagten erfolgten, kam der Vorsitzende nach der Mittagspause noch einmal auf den Wiederauf der Gefährdung zurück, indem er dem Angeklagten vorhielt: Vielleicht, Angeklagter, haben Sie es sich jetzt überlegt und vielleicht ist Ihnen eingefallen, wie Sie sich früher bei Ihren Vernehmungen geäußert haben, oder wollen Sie dabei bleiben, daß Sie mißhandelt worden sind und unter einem Zwange gelanden haben?

Zeuge: Ich möchte zunächst auf die Behauptung des Angeklagten eingehen, daß er mißhandelt und zu den Gefährdungen gezwungen sein soll. Unter meinem Zeugeneide befinde ich, daß Schumann von mir weder geschlagen, noch mißhandelt worden ist. Auch ist mir nichts davon bekannt, daß ihn meine Beamten etwa geschlagen haben. Der Zeuge geht dann auf die Vernehmungen im einzelnen ein. Dabei verweist er sich zunächst als uneteiligter Zuschauer und nicht als Kriminalbeamter.

Unter allgemeiner Spannung gibt nunmehr als erster Sachverständiger Medizinalrat Dr. Leppmann sein Gutachten ab. Er äußert sich über die Frage, ob der Antrag auf Grund des § 81 zu stellen ist, den Angeklagten zwecks Vorbereitung eines Gutachtens in einer öffentlichen Irrenanstalt unterzubringen. Medizinalrat Leppmann: Der Antrag ist den Geschworenen gegenüber eigentlich selbstverständlich, da es sich um eine ungetöbliche Menge so schwerer Taten handelt, daß man im Menschenleben sagt „der Mann muß verdrückt sein“.

wird. Daß man es hier mit solchen ungeheuerlichen Taten zu tun hat, sagt noch nicht, daß der Angeklagte geisteskrank sein muß. Er zeigt allerdings gewisse erbliche Belastung. Dann haben auf ihn die Jungen in der Schule mit dem Finger gezeigt, das ist ja der Sohn eines Zirkusführers. Darauf entstand ein Weltmerz und Haß auf die Menschheit bei dem Angeklagten, und deshalb mag von Jugend auf ein Menschenleben bei ihm schon nicht viel gegolten haben. Er hat die Tat auch nicht als Epileptiker in einem Dämmerzustand ausgeführt. Er ist nicht wie ein solcher Amok gelaufen, sondern er hat die Tat sozulegen con amore mit Vorsicht und Ueberlegung begangen. Bei der Untersuchung trat er so auf, als wenn ihn alles nichts anging, sondern er über der Sache stünde. Auf Vorhalt, daß die Taten schrecklich seien, sagte er: Ein solcher Mensch darf auch nicht leben, ich würde, wenn ich schuldig wäre, die Konsequenz ziehen und mich aufhängen. Das ist ein konsequentes Handeln und nicht das eines Geisteskranken. Die Möglichkeit, daß er die Tat in einer krankhaften Störung des Geisteszustandes begangen hat, ist also nicht vorhanden, denn auch eine geistige Minderwertigkeit ist ihm nicht zuzuschreiben.

Medizinalrat Dr. Störmer kam im wesentlichen zu einem gleichen Gutachten.

erster Sachverständiger Medizinalrat Dr. Leppmann sein Gutachten ab. Er äußert sich über die Frage, ob der Antrag auf Grund des § 81 zu stellen ist, den Angeklagten zwecks Vorbereitung eines Gutachtens in einer öffentlichen Irrenanstalt unterzubringen. Medizinalrat Leppmann: Der Antrag ist den Geschworenen gegenüber eigentlich selbstverständlich, da es sich um eine ungetöbliche Menge so schwerer Taten handelt, daß man im Menschenleben sagt „der Mann muß verdrückt sein“.

erstermal Männer zur Hilfe gedingt, zwei schwedische Maurer spengten Steine zu einem Stall. Dieser Stall war seit vielen Jahren fast großer Gedanke gewesen, die Gamme für das Vieh wurde allmählich zu klein und zu dürftig, ein steinerner Stall mit doppelten Mauern und einer richtigen Dungsgrube sollte es werden. Aber es war so vieles, was gemacht werden sollte, das eine zog immer wieder das andere nach sich; jedenfalls hörte das Bauen niemals auf. Fast hatte ein Sägewerk und eine Mühle und einen Sommerstall, warum sollte er nicht auch eine Schmiede haben? Nur eine kleine Schmiede zur Nothilfe, es war ja so weit ins Dorf, wenn der Vorhammer sich bog oder man ein paar neue Hufeisen brauchte. Eine Esse und einen Amboss, warum sollte er die nicht haben? Im ganzen entstanden ja so viele große und kleine Gebäude auf Sellanraa.

(Fortf. folgt.)

Bekanntmachung

betreffend das Gesamtergebnis der Stadtverordnetenwahlen.

Nachdem das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in den Wahlkreisen I—XV durch die Kreiswahlkommissionen bekannt gemacht worden ist, bringe ich gemäß § 29 Absatz 5 der Wahlverordnung über die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 7. Mai 1920 hiermit das Gesamtergebnis der Stadtverordnetenwahlen am 20. Juni 1920 zur öffentlichen Kenntnis.

A.

Die auf die Kreiswahlvorschläge entfallenden und unberücksichtigt gebliebenen Stimmen auf die Stadtwahlvorschläge betragen, nach den Ermittlungen der Kreiswahlkommissionen in den Wahlkreisen I—XV auf die einzelnen Stadtwahlvorschläge verteilt.

Stadtwahlvorschlag	Dr. Wegl	Heilmann	von Gierke	Cassell-Dominicus	Mathilde Kirschner	Lübke	Dr. Lemmerich	Krüger-Franke
Stimmen . .	55 950	49 590	936	50 842	48 986	56 566	61 385	55 880

Nach den öffentlich bekanntgemachten Stadtwahlvorschlägen sind die Wahlvorschläge von Gierke und Krüger-Franke miteinander zu einer Gruppe verbunden.

Da bereits 173 Stadtverordnete in den Wahlkreisen auf die Kreiswahlvorschläge gewählt sind, so stehen noch 52 Sitze zur Verteilung auf die Stadtwahlvorschläge zur Verfügung. Nach der Reihenfolge der Benennungen auf den Stadtwahlvorschlägen sind, nach Streichung der gemäß § 33 Absatz 3 bereits in einem Wahlkreis gewählten Bewerber, hiernach gewählt:

Vom Kreiswahlvorschlage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

a) Stadtverordnete:

1. Heilmann, Hugo, Stadt., Berlin, Köpenicker Str. 6.
2. Lohse, Walter, Red., Spand., Wriezenerstr. 17.
3. Fiedler, Fritz, geb. Kambitzer, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
4. Gierke, Otto, Stadt., Lichterfeld, Holzstr. 24.
5. Schmidt, Hermann, Kaufm., Schmargendorf, Franzosenbergstr. 1.
6. Lindemann, Fritz, geb. Siegel, Berlin, Wilhelmstraße 14.
7. Tenschler, Fritz, Kaufm., Schöneberg, Bamberger Str. 60.
8. Gierke, Hermann, Mal., Friedr., Hiltelstr. 24.

b) Ersatzmänner:

1. Tempel, Otto, Stadt., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
2. Wendt, Margarete, geb. Heilmann, Lin., Lützener Str. 14.
3. Fiedler, Johannes, Lehr., Charlitz, Franzosenstr. 16.
4. Gierke, Helmut, H.M.-Sch., Lin., Stargarder Str. 24.
5. Tamm, Hugo, Spekt., Spand., Jägerstraße 41.
6. Waldow, Fritz, Kaufm.-Ing., Reut., Bergstr. 106/1.
7. Kühnel, Rudolf, Vertretung, Lin., Chausseestr. 11.
8. Richter, Georg, Buchdr., Marienb., Kantauer Str. 8.

Vom Stadtwahlvorschlage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, Buchhändler a. D., Charlottenburg, Wilhelmsburger Str. 14.
2. Heilmann, Rudolf, Stadtrat, Berlin, Lützener Str. 37.
3. Gierke, Otto, Gemeindefürsorgeleiter, Reinickendorf, Antonienstraße 43.
4. Schwanitz, Rudolf, Schriftsetzer, Oberschöneweide, Köpenicker Str. 6.
5. Heilmann, Hugo, Kaufm., Lin., Kauerstr. 34.
6. Fiedler, Fritz, geb. Brand, Stadt., Berlin, Finkenstraße 107.
7. Gierke, Paul, Kaufm., Charlitz, Hiltelstr. 24.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Lehmann, Richard, Red., Tempelhof, Volkstr. 24.
2. Schlegel, Friedrich, Buchhändler, Lin., Thomaststr. 17.
3. Wacker, Fritz, Stadtrat, Schöneb., Wagnersstr. 10.
4. Todenhagen, Emma, Red., Berl., Trept., Kiehlstr. 411.
5. Heilmann, Hugo, Kaufm., Lin., Kauerstr. 34.
6. Schlegel, Paul, Stadt., Wilhelmsburg, Offenbacher Str. 9.
7. Heilmann, Marie, geb. Rogner, Lehr., Wilhelmsburg, Hindenburgstr. 90.

Vom Stadtwahlvorschlage der Parteilosen Frauenvereinigungen:

Keine.

Vom Stadtwahlvorschlage der Deutschen Demokratischen Partei:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Gierke, Fritz, Stadtrat, Spand., Fehrburgener Str. 116.
4. Gierke, Hermann, Kaufm., Berlin, Fehrburgener Str. 116.
5. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
6. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
7. Heilmann, Hugo, Kaufm., Lin., Hiltelstr. 24.

b) Ersatzmänner:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
4. Gierke, Hermann, Kaufm., Berlin, Fehrburgener Str. 116.
5. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
6. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
7. Heilmann, Hugo, Kaufm., Lin., Hiltelstr. 24.

Vom Stadtwahlvorschlage der Deutschen Volkspartei:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Gierke, Fritz, Stadtrat, Spand., Fehrburgener Str. 116.
4. Gierke, Hermann, Kaufm., Berlin, Fehrburgener Str. 116.
5. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
6. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
7. Heilmann, Hugo, Kaufm., Lin., Hiltelstr. 24.

b) Ersatzmänner:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
4. Gierke, Hermann, Kaufm., Berlin, Fehrburgener Str. 116.
5. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
6. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
7. Heilmann, Hugo, Kaufm., Lin., Hiltelstr. 24.

Vom Stadtwahlvorschlage der Deutschen Nationalen Volkspartei:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Gierke, Fritz, Stadtrat, Spand., Fehrburgener Str. 116.
4. Gierke, Hermann, Kaufm., Berlin, Fehrburgener Str. 116.
5. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
6. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
7. Heilmann, Hugo, Kaufm., Lin., Hiltelstr. 24.

b) Ersatzmänner:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
4. Gierke, Hermann, Kaufm., Berlin, Fehrburgener Str. 116.
5. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
6. Dr. Lehmann, Richard, Red., Lichterfeld, Hauptstr. 2.
7. Heilmann, Hugo, Kaufm., Lin., Hiltelstr. 24.

Vom Stadtwahlvorschlage der Zentrumspartei:

a) Stadtverordnete:

1. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
4. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
5. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
6. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
7. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
4. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
5. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
6. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
7. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Stadtwahlvorschlage des Wirtschaftsverbandes Groß-Berlin e. V.:

a) Stadtverordnete:

1. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
4. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
5. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
6. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
7. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
3. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
4. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
5. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
6. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
7. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

B. Uebersicht des Gesamtergebnisses der Stadtverordnetenwahlen.

Im Wahlkreise I.

Vom Kreiswahlvorschlage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

a) Stadtverordnete:

1. Heilmann, Hugo, Stadt., Berlin, Köpenicker Str. 6.
2. Kutter, Adolf, Stadtrat, Köpenicker Str. 10.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Woytowicz, Martin, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Baum, Fritz, Köpenicker Str. 10.

Vom Kreiswahlvorschlage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

a) Stadtverordnete:

1. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
2. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
3. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
4. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
5. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
2. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
3. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
4. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
5. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.

Vom Kreiswahlvorschlage der Parteilosen Frauenvereinigungen:

Keine.

Vom Kreiswahlvorschlage der Deutschen Nationalen Volkspartei:

a) Stadtverordnete:

1. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Kreiswahlvorschlage der Deutschen Demokratischen Partei:

a) Stadtverordnete:

1. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Kreiswahlvorschlage der Zentrumspartei:

Keine.

Vom Kreiswahlvorschlage der Deutschen Volkspartei:

a) Stadtverordnete:

1. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Krüger-Franke, Karl, Kaufm., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Kreiswahlvorschlage der Wirtschaftlichen Vereinigung von Berlin e. V.:

Keine.

Im Wahlkreise II.

Vom Kreiswahlvorschlage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

a) Stadtverordnete:

1. Heilmann, Hugo, Stadt., Berlin, Köpenicker Str. 6.
2. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.

b) Ersatzmänner:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Kreiswahlvorschlage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

a) Stadtverordnete:

1. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
2. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
3. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
4. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
5. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
2. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
3. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
4. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
5. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.

Vom Kreiswahlvorschlage der Parteilosen Frauenvereinigungen:

Keine.

Vom Kreiswahlvorschlage der Deutschen Demokratischen Partei:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Lehmann, Richard, Red., Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Kreiswahlvorschlage der Deutschen Nationalen Volkspartei:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Kreiswahlvorschlage der Zentrumspartei:

Keine.

Vom Kreiswahlvorschlage der Deutschen Volkspartei:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Kreiswahlvorschlage der Wirtschaftlichen Vereinigung von Berlin e. V.:

Keine.

Im Wahlkreise III.

Vom Kreiswahlvorschlage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

a) Stadtverordnete:

1. Heilmann, Hugo, Stadt., Berlin, Köpenicker Str. 6.
2. Kutter, Adolf, Stadtrat, Köpenicker Str. 10.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Woytowicz, Martin, Charlottenburg, Eichenstraße 31.
2. Baum, Fritz, Köpenicker Str. 10.

Vom Kreiswahlvorschlage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

a) Stadtverordnete:

1. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
2. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
3. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
4. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
5. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
2. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
3. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.
4. Wegl, Fritz, geb. Heilmann, Köpenicker Str. 42.
5. Wegl, Hermann, Kaufm., Köpenicker Str. 42.

Vom Kreiswahlvorschlage der Parteilosen Frauenvereinigungen:

Keine.

Vom Kreiswahlvorschlage der Deutschen Demokratischen Partei:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Vom Kreiswahlvorschlage der Deutschen Nationalen Volkspartei:

a) Stadtverordnete:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

b) Ersatzmänner:

1. Gierke, Paul, geb. Juchacz, Lin., Hiltelstr. 24.
2. Gierke, Otto, Stadtrat, Charlottenburg, Eichenstraße 31.

Die auf die Stadtwahlvorschläge gewählten Stadtverordneten werden von der Stadtverordnetenversammlung auf die Bezirksversammlungen der einzelnen Verwaltungsbezirke verteilt.

*) Zahl der Stadtverordneten im Kreise.

Groß-Berlin

Das Parlament der Einheitsgemeinde.

Von den 225 Groß-Berliner Stadtverordneten haben bisher etwa 200 die Annahme der Wahl erklärt. Von den Spitzenkandidaten der Unabhängigen und der Sozialdemokratischen Partei in allen 15 Wahlkreisen gewählten Bewerber hat Stadtverordneter Heiman in Berlin II (Tiergarten) und Dr. Seyl in Berlin I (Mitte) angenommen, so daß in allen übrigen Wahlkreisen die bereits vom Wahlausschuß bezeichneten Ertragmänner nachrücken. Der Oberpräsident wird, obwohl noch nicht alle Annahmeerklärungen vorliegen, die Einladungen zur ersten Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung nach dem Festsaal des Berliner Rathauses ergeben lassen. In den Kreisen der Stadtverordneten besteht der Wunsch, daß diese Sitzung möglichst noch vor Mitte dieses Monats stattfinden möchte, was wohl auch der Fall sein wird.

Der Festsaal des Berliner Rathauses macht jetzt einen lauten, nächsten Eindruck, wie ihn alle Umzüge hervorgerufen. Ob es möglich sein wird, später durch Umwandlung der bequemen Polsterstühle in Klappstühle und die Umgestaltung der halbkreisförmig angeordneten Sitze in gerade Reihen den Raum für die 225 Stadtverordneten des neuen Stadiparlaments zu schaffen, bedarf noch der bautechnischen Prüfung. Im Festsaal sind an der nach der Spandauer Straße zu gelegenen Festschranke die unteren Hälften der hochbogigen Fenster durch schwarze Decken verkleidet und so gedunkelt. In der Mitte der hohen Säulen unterbrochen Wand ist der Vorstandstisch aufgestellt, davor der Stenographen- und Aktentisch und in geraden Reihen die Stadtverordnetenstühle ohne Tisch. Für die Zuhörer sind Stühle an den schmalen Seiten, für die Presse erhöhte Tische an der dritten Rückwand bereitgestellt. Das Ganze ist ein Notbehelf, der für die ersten Sitzungen ausreichen mag.

Jetzt liegen auch sämtliche Wahlergebnisse für die 20 Bezirksversammlungen vor. Danach setzen sich die 760 Stadtverordneten aus 420 Sozialisten und 340 Bürgerlichen zusammen.

Die Sozialdemokratische Fraktion der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung

hat sich gestern konstituiert. Sie wählte zu ihrem Vorsitzenden den Gen. Hugo Heiman, zu seinem Stellvertreter Carl Wermuth, Reußlin; als ersten Schriftführer Adolf Ritter, als zweiten Dr. Vorhardt, Charlottenburg, und als Beisitzer Otto Frank.

Es wird weiter gekirchtelt.

Eine vom Zweckverband Berliner Fruchtgroßhändler einberufene Versammlung nahm davon Kenntnis, daß die Befristung eingetroffen ist, daß infolge der von der Preisprüfstelle Berlin empfohlenen Senkung der Preise für Kirichen die Ware vom Berliner Markt ferngehalten wird. Die Berliner Fruchtgroßhändler, vertreten durch den Zweckverband Berliner Fruchtgroßhändler, die die Verantwortung für diesen Zustand nicht übernehmen können, erklären daher, daß sie ihren Beschluß bezüglich der von ihnen veröffentlichten Angemessenheitspreise für Kirichen und Beerenobst, womit sie den guten Willen zeigen wollten, den Interessen der Konsumenten zu dienen, zurückziehen und es nunmehr der freien Wirtschaft überlassen müssen, die Preise nach Angebot und Nachfrage zu regeln.

Die Kirichendebatte geht auf diese Weise lustig so lange weiter, bis es keine Kirichen mehr gibt. Obsthändler, Fruchtgroßhändler und Kleinhändler weisen jeden Verdacht des Wuchers zurück und behaupten, alles Mögliche zur Befriedigung der Bevölkerung getan zu haben, während die Kirichen weiter zu Wucherpreisen verkauft werden. Die Berliner Bevölkerung könnte sich dieses einigermassen lächerlich wirkende Vorgehen der Protestierenden ersparen, wenn sie sich hätte weigern würde, Preise, die über das Maß des heute billig Erlaubten hinausgehen, zu zahlen. Bis diese Einsicht allen Kreisen gekommen ist, wird wohl die Kirichendebatte beendet sein.

Ja, wenn wir den freien Handel hätten!

Zu den Klagen der Bevölkerung über die Höhe der Lebensmittelpreise und dem Protest der Markthallenstandhaber gegen die Erhöhung der Stadtmieten will ein Freund unseres Blattes und die Meinungsausprägung eines ihm bekannten Standinhabers aus den Zentralmarkthallen mit.

Der Händler hat ihm oft in den rosigen Farben die Zeit geschworen, wo erst die Zwangswirtschaft wieder aufgehoben wäre, wo bei freiem Handel jeder seine Kartoffeln, sein Fleisch, seine Butter hätte und niemand zu hungern brauchte. Bei der Zwangswirtschaft werde nur, erzählte er immer, durch ein ungeheures Meer von Fäulnisgeräten mit hohem Gehalt und durch die Verluste an nicht sachgemäß behandelten Nahrungsmitteln ein von den Verbrauchern zu bezahlender enormer Preisaufschlag herbeigeführt. Nichts kann uns, pflegte er zu schließen, wieder hoch bringen, als der freie Handel; den müssen wir haben — je eher, desto besser! Als dann die Stadtmietenerhöhung kam, sagte er, daß er für seinen Stand, der früher mal 60 M. gekostet habe, jetzt 430 M. zahlen müsse. Und, sein Herz erschütternd, fuhr er fort: „Ja, wenn wir den freien Handel hätten! Dann wäre ja noch eher was zu machen — dann hätten wir auch die Preise in der Hand und müßten, wo wir unseren Gewinn dran verdienen könnten, über jetzt bei der Zwangswirtschaft hat man ja zu lauen, daß man sein Durchkommen hat. Alle wollen wir den freien Handel!“

Diese Ausrufung zeigt, wie die „Hilfe“ aussähe, die dem Volk durch Aufhebung der Zwangswirtschaft gebracht werden soll.

Verbot der Ersatzlebensmittel.

Mit dem 30. Juli 1920 ist, wie die „P. B. N.“ hören, die Frist abgelaufen, nach der früher genehmigte Ersatzlebensmittel, die aber den neuen Richtlinien der Verordnung vom 30. November 1919 („Deutscher Reichsanzeiger“ vom 2. Oktober 1919, Nr. 225; Abdruck in den „Mitteilungen für Preisprüfstellen“ vom 15. Oktober 1919, Karl Heymanns Verlag, Berlin, Mauerstr. 44) nicht entsprechen, aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Damit schalten Ersatzmittel aus dem Verkehr, die teils ihrer Minderwertigkeit wegen, teils weil sie geeignet sind, den Verbraucher groß zu täuschen, wie z. B. die sogenannten „alkoholfreien Biere“, für die die Verbraucherverbände und auch die Abstinenzler sich nie erwärmen konnten, nicht im Handel geduldet werden können. Die zuständigen Stellen sind gehalten, auf vorkommende Verstöße gegen die Verordnung zu achten. Der Handel wird seine alten Bestände an Ersatzlebensmitteln, die vor dem 15. September 1919 schon hergestellt worden sind, darauf hin einer Sichtung unterziehen müssen.

Ein brennender Fahrstuhl im Reichstagsgebäude alarmierte gestern während der Sitzung einen Teil des Hauses. Ein zu den Tribünen führender Fahrstuhl war durch Kurzschluss in Brand geraten und der Rauch drohte den in dem Fahrstuhl befindlichen Führer Goype zu ersticken. Durch seine Hilfsversuche wurden Preisvertreter auf der Tribüne aufmerksam, die Wasser in den Fahrstuhlschacht gossen, so daß der Brand gelöscht wurde.

Amlich wird dazu noch gemeldet: Der Brand brach im Fahrstuhl infolge eines Kurzschlusses aus, als der Fahrstuhl von dem Zwischenstock nach dem Erdgeschoss in Fahrt war. Der Fahrstuhlführer legte sogleich den Alarmapparat in Bewegung und aus dem Maschinenraum erschienen sofort die Monteurs, schalteten die Maschine des Aufzugs aus und drehten den Aufzug langsam herunter. Die Kabine wurde sodann im Erdgeschoss ohne Schwierigkeiten von dem Fahrstuhlführer selbst geöffnet und der durch den Rauch etwas benommene Fahrstuhlführer ins Freie geschafft, wo er sich alsbald erholt, so daß er sich ohne fremde Hilfe zum Feuerwehrautomobil begeben konnte, das ihn ins Krankenhaus zur ärztlichen Untersuchung brachte.

Reiseerleichterungen für Bayern. Am 1. Juli werden die für den Fremdenverkehr Bayerns bisher bestehenden beschränkenden Bestimmungen aufgehoben und es treten dafür folgende in Kraft: Es ist, wie im Vorjahre, von diesem Tage ab ein freier Aufenthalt von 14 Tagen — ohne amtliches Zeugnis — und eine Weitervergabe höchstzulässig von 50 Prozent zu erlauben. Bei Einmietung in Privathäusern und bei Landwirten muß in Heilbädern, Kurorten und Erholungsplätzen, sowie in Orten mit weniger als 6000 Einwohnern eine schriftliche Erlaubnis der Bezirksverwaltungsbehörde eingeholt werden, die jederzeit widerruflich ist. Beamte, Anwerfelle, Arbeiter und Militärpersonen können auf Grund ihrer Urlaubsbekräftigung der vorgeleiteten Dienststelle oder Betriebsleitung für den Zeitraum bis zu höchstens vier Wochen Aufenthalt nehmen. Die bayerische Regierung will Beschränkungen nur dort einleiten, wo besonders schwierige Ernährungsverhältnisse hierzu zwingen.

Für den Verkehr mit den Nordseebädern hat man während der Hauptreisezeit verschiedene Verstärkungszüge in Betrieb gesetzt. So wird neben dem direkten Tages-D-Zug ab Berlin, Lehrter Bahnhof 8.12 früh über Bremen—Hude—Oldenburg—Emden nach Norddeich ab 1. Juli ein Nacht-D-Zug mit Schlafwagen ab Lehrter Bahnhof 11.25 abends auf derselben Strecke befördert. Beide Züge, die in Norddeich Anschluß nach Radeberg haben, führen Kurwagen bis Emden—Laukenhafen, wo Anschluß nach Vorkum ist. In Norddeich Schiff Gelegenheit nach Juist. Jede weitere Auskunft über die Nordseebäder erteilt das Deutsche Verkehrs-Bureau, Berlin, Potsdamer Bahnhof.

Bestlagnahme Wäsche. Am 3. Juli 1920 wurden in einem Lokal in der Koppenstraße zwei Pakete mit feuchter Leib- und Tischwäsche, Hand- und Frotteiertücher sowie eine rot und gelbe Kaffeeschüssel durch Beamte der Sicherheitspolizei beschlagnahmt. Die Wäsche ist gemeldet: E. D. E. oder O. N., E. W., G. L. S. A., H. P., F. H. und P. Wahrscheinlich ist sie vom Trodenboden oder aus einer Restauration gestohlen. Eigentümer müssen sich Andreasstraße 62, Zimmer 1, bei Kriminaloberwachtmeister Reichold melden.

Milchlieferung. Von heute ab wird bis auf weiteres auf die OI- und OII-Konten 1/2 Liter Vollmilch verausgabt. Die übrige Vorklieferung bleibt unberührt.

Republikanischer Führerbund. Bezirk Mariendorf, Tempelhof. Heute abends 8 Uhr bei Ganse, Ringbahnstr. 4: Mitgliederversammlung. Beitragszahlung. Tagesordnung wird bekanntgegeben. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht.

Weihensee. In der Gemeindevertretersitzung wurde an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Jahnke der Genosse Kerlich in sein Amt eingeführt und durch Handschlag verpflichtet. Der Vorsitzende machte weiter bekannt, daß der zum kommissarischen Landrat des Kreises Niederbarnim ernannte Gemeindevorsteher Genosse Schlemminger aus dem Gemeindevorstand ausgeschieden und an dessen Stelle der Genosse Kajiße gewählt und mit der Leitung des Lebensmittellagers beauftragt worden sei. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß mit der Fraktion der U. S. V., welche dem Genossen Kajiße das Recht absprach, Nachfolger des Genossen Schlemminger als Gemeindevorsteher zu werden, da Genosse Kajiße seinen Wohnsitz nicht mehr in Weihensee habe. Diese Angelegenheit hatte noch ein Nachspiel in der geheimen Sitzung der Gemeindevertretung anläßlich des Antrages auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung für den Schöffen Andree, U. S. V. Von dem 22 zur Verhandlung stehenden Punkten der Tagesordnung sind besonders hervorzuheben: eine vom Kreis Niederbarnim geforderte Nachtragsteuer in Höhe von 212 718 M. Diese Nachforderung hatte eine erneute Erhöhung der Einkommensteuer um 22 Proz. zur Folge gehabt, ferner eine Erhöhung der Abgaben für bebauten und unbebauten Grund-

stücke usw. Die Gemeindevertretung lehnte die Nachforderung einstimmig ab. Für den Betrieb der Dauterspeisung wurden weitere Mittel bewilligt. Für die Fortführung der Rottlandarbeiten in den Parianlagen an der Analinstraße wurde ein weiterer Betrag bis zu 30 000 M. bewilligt. Den bedürftigen Kriegsschädigten wurde freie Behandlung durch den Gemeindevorsteher, ebenso den Angehörigen bedürftiger Kriegsschädigter und Kriegshinterbliebener bewilligt.

In der geheimen Sitzung wurde ein Antrag behandelt, den beiden Schöffen Bauy und Andree (U. S. V.) die monatliche Deernatszulage von 600 M. auf 1000 M. zu erhöhen, neben der allen Schöffen zustehenden Aufwandsentschädigung von monatlich 300 M. Vom Genossen Hobbapp wurde diese geforderte Zulage aus sachlichen Gründen ablehnend besprochen. Beim Schöffen Andree sprachen auch persönliche Gründe mit. Dem Schöffen Andree sei das vorzuziehen, was den maßgebenden Beamten unter dem wahlmännlichen Regime zum Vorwurf gemacht wurde: daß Andree nämlich versuchte, ein ihm von der Kommune übertragenes Amt politisch zu mißbrauchen. Andree war bei der Wahl des Genossen Schlemminger zum Landrat des Kreises Niederbarnim in der Kreisversammlung mit dem Genossen Kajiße hart zusammengeraut. Aus diesem Grunde versuchte Andree in seiner Eigenschaft als Deernern des Wohnungsamtes dem Genossen Kajiße die möblierte Wohnung zu entziehen. Andree glaubte dazu berechtigt zu sein, weil Kajiße keine Familie auf dem Lande angesiedelt hat, er selbst hat aber seinen Wohnsitz in Weihensee noch niemals aufgegeben. Der Antrag wurde abgelehnt; Bauy hatte schon während der Beratung seinen Verzicht aussprechen lassen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 8. Juli.

17. Abt. Die angekündigte Versammlung findet nicht statt. Friedrichsberg. 1/8 Uhr außerordentliche Generalversammlung. Treptow-Baumgartenweg und Arbeitergemeinschaft Südost. Großes Sommerfest am Sonnabend, 10. Juli, im „Paradiesgarten“, Treptow. Anfang 8 Uhr. Beginn des Festes 5 Uhr. Bitte sich zu haben bei den Bezirksführern und Genossen Scheibel, Bauhofstr. 33, Köpcke, Baumgärtchenstr. 37, Krause, Doppelner Str. 32, Schmidt, Brangelstr. 64.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/2 8 Uhr:

Sozialistische Schüleraktion: Zentraljugendheim, Lindenstraße 3. 2. Hof, links 3 Treppen: Diskussionsabend: Aktion auf den höheren Mädchenschulen. Alle sozialistisch denkenden Schüler und Schülerinnen sind herzlich eingeladen. — Charlottenburg: Jugendheim, Köpenickerstr. 4 (Vollhaus): Mädchenabend. — Grunewald: Jugendheim, Ormeniebachstraße 12/13 (Schule): Mitgliederversammlung. — Waidmannslage: Jugendheim, Waldsee (Schule): Mitgliederversammlung. — Mariendorf: Jugendheim, Anzelm, Ringstraße: Mitgliederversammlung. — Chiem-Feierabend: Jugendheim, Ormeniebachstraße 12/13 (Schule): Mädchenabend. — Prenzlauer Vorstadt: Jugendheim, Senefelderstr. 6: Diskussionsabend: Die Parteien im neuen Reichstag. — Nollenthal: Jugendheim, Gemeindegasse Kottbuscher Allee: Mitgliederversammlung. — Nollenthaler Vorstadt: Jugendheim, Bergstr. 56: Mitgliederversammlung. — Südosten-Neichenberger Viertel: Jugendheim, Wagnersstraße 12/13 (Schule): Mitgliederversammlung. — Ostkreuz: Jugendheim, Gartenstraße 14: Mitgliederversammlung. — Tempelhof: Jugendheim, Anzelm, Germaniastraße 5/6: Mitgliederversammlung. — Wedding: Jugendheim, Gellertstraße 14: Mitgliederversammlung. — Weihensee: Jugendheim, Kontinentraum der Baumgärtchenstr. 34: Mitgliederversammlung. — Wilmersdorf: Jugendheim, Gellertstraße der Oberrealschule, Am Seepark: Mitgliederversammlung.

Sport.

Rennen zu Grunewald, Dienstag, den 6. Juli. 1. Preis von Langenbielau 16 000 M., 1400 Meter. 1. Bachtel (S. Lewicki), 2. Grant (S. Freitag), 3. Offensive (S. Schmidt). Tot. Sieg 87:10, Pl. 20, 14, 24. Ferner liefen: Rebarbus (4), Gewerke (5), Page (6), Gila, Schmalbe. 2. Versuchsstrennen der Stuten 9000 M., 1000 Meter. 1. Hellebarde (Weiler), 2. Doubla (Zimmermann), 3. Marga (Diejnit). Tot. Sieg 44:10, Pl. 14, 16, 25. Ferner liefen: Herzogin (4), Smaragd, Ronika (5), Margarete (6). — 3. Adonis-Rennen. 40 000 M., 2400 Meter. 1. Skarabas (Zimmermann), 2. Wanderfalle (Pastenberger), 3. Eggelhor (Janel). Tot.: Sieg 84:10, Platz 17, 15. Ferner liefen: Georgios (4), Camillo (5), Wächter (6). — 4. Charlottenburger Ausgleich. 16 000 M., 1600 Meter. 1. Provinzialer (Hellebrandt), 2. Ritterhorn (Jensich), 3. Springer (Dr. Wenzel). Tot.: Sieg 58:10, Platz 20, 24, 15. Ferner liefen: Nachtstern (4), Tarlatan (5), Reims (6), Valasar, Vollmacht. — 5. Preis von Steinach. Ehrenpreis und 22 000 M., 2000 Meter. 1. Handwurst (Dohr), 2. Seehausen (D. Schmidt), 3. Pariser (Rand). Tot. Sieg 23:10, Pl. 16, 27. Ferner liefen: Sterna (4), Reva (5), Tanz (6). — 6. Kabula-Rennen. 27 000 M., 1800 Meter. 1. Prämie (Rand), 2. Orfa (Diejnit), 3. Großlicht (D. Schmidt). Tot. Sieg 33:10, Pl. 14, 16, 17. Ferner liefen: Nur (4), Orne (5), Augustenburg (6), Verkalda. — 7. Wilmersdorfer Ausgleich 16 000 M., 2200 Meter. 1. Jarns (Dr. Wenzel), 2. Drilus (Jand), 3. Sivet (Guguenin). Tot. Sieg 46:10, Pl. 17, 19, 24. Ferner liefen: Siebenkläfer (4), Luftfahrt (5), Segantini (6), Wigamur, Purdilos, Correggio, Vallur, Rahat, Berliner, Prophetin, Peterabend, Friedensziel, Sigrid.

Der große Wataborenpreis ist das nächste Ergebnis auf der Olympia-Nachrichtenbahn, das am Sonntag, 11. Juli, nach 4 Uhr, zur Austragung gelangt. Das Rennen führt über 100 Kilometer in 2 Rufen über je 50 Kilometer. Als Starter gelten Romanow, Weis, Pawte, Sewall und Hoffmann.

Freie Schwimmer Charlottenburg. Monatsklausur, 7. Juli, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3. Gen. E. Rejter über „Rettungswesen“.

Es wovip ihre Waiseheit Sozialist ihre U. S. V.
 Ihre Kommunist, ihre Jannow-Peak, ihre Monowisist,
 Der Bowoseil warb Jüand ist.

Schönes und reines Gesicht
 erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommerprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichtsrötchen und Nasenrötchen, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
D. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.
 Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

Giftfreie naturgemäße Behandlung
 von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden, ohne Berufstätigung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
 Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
 Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

Nutzen jeder Art:
 Rund-, Flach-, Quadrat- u. Wandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Anboße
 sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
 Telephon 13072. Ed. Voltstraße. Telephon 13071.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Bergs Radikalmittel
 „NICODAL“ Erfolg verlässlich. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelack M. 5.— Verkauf: Alle Warenhäuser A. Wertheim. Bitte ausdrücklich nur „NICODAL“ zu verlangen.
Patent-Gebrauchsmuster- und Warenzeichenanmeldungen
 Gutachten in Patentstreitigkeiten, Konstruktionsarbeiten, Modellanfertigung, An- und Verkauf von Schutzrechten, Erstklassige Referenzen. 81/20
Ing. Haven, Berlin-Friedenau, Südwestufer 10.

Billige Hausschuhe

Hausschuhe
mit Ledersohle und Fleckguter Schuhstoff

11,85



8,90

Hausschuhe
aus gutem Stoff, mit Trockenfilz- und Kordelsohlen

Segeltuch-
Hausschuhe, ausgeschn. mit Spangen oder zum Schnüren, besonders preiswert!

29,50

Leiser

45,50

Leder-Spangenschuhe
mit guter Ledersohle und Absatz, für Haus und Garten

Städt. Schauspielhaus
(Operetten-Gastspiel)
Abendl. Die Strohwitwe.
7 1/2 Uhr: Musik von Leo Blech.

Deutsches Theater.
Maria Orska
8 Uhr: Weib u. Humpelmann
Kammerspiele.
Abel / Käte Dorsch
8 1/2 Uhr: Leibgardist

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe Hof. Zoo).
7 1/2 Uhr: Büchse der Pandora.

Theater des Westens
Max Pallenberg:
U. Familie Schimek
Ab Freitag:
Der Rabenvater
Pallenberg u. Werberitz.

Schiller-Theater.
Hans Wadmann:
8 Uhr: Der ehem. Leutnant

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg!
Die Raschhoffs

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Abendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Maskerade

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Schwarzwalddädel

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Fiert in St. Moritz.

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Linienstr.
7 1/2 Uhr:
Filmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Variété-Café
Moritzplatz
Crammstraße 53/54
Herm. Krause
& Stephan's
2 Senhors
und das große
Variété-Programm.

Theater am Kottbuser Tor.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel d. Original
Leipziger
Fritz-Weber-
Sänger.

Reichshall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stett. Sänger.
Variété
Dönhoff-Brettel.
Garten u. Saal.
Ab 10 Uhr, Sonntag 11 Uhr.

Neue Welt!
Arnold Schoch
Hasenheide 108/114
Heute! Mittwoch, 7. Juli:
1. Großes Erntefest
Kinderbelustigungen,
Erntefestzug, Fackelzug,
Märchen-Theater, vor-
stellungen mit Konzert, Vor-
stellung mit Tanz. Die
Kaffee-döche ist eröffnet
Ab 4 Uhr.

Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Geständnis.
Komödienhaus
8. U. Reise in die Mädchenzeit.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tosca.

Die Tribüne
8 Uhr: Banbury.
Friedr.-Wilhelmst.Th.
7 1/2 Uhr: Evchen Humbrecht.
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Sonate.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Frau im Dunkeln.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Der ungetreue Eckehart

Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: Im weißen Röss'l
Neues Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Natural-Phantast. Ballett
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Ihre Heide die Tänzerin
Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: Eine Nacht im Paradies
Theater i. d. Alt. Jakobstr.
7 1/2 Uhr: Die verschwand. Pauline.

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Tannhäuser.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Kasernenluft.

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Evchen Humbrecht.
Der große Erfolg.

Apollon
7 1/2 Theater 7 1/2
Direkt. James Klein.
Juli 1920
Neue Natura
lebende Kunstwerke von de Vry
Maß tollkühne TODESFAHRT
2 Aegirs
In ihrer Szene am Meeresgrund
Mary ZIMMERMANN
v. Dtsch. Opernhaus in ihren Tänzen
5 YUMAZETTIS
Sensations-Akrobatinnen und weitere Sensationen

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Sommerth. GROSS-BERLIN
(Klubs) Hasenheide 15.
Tägl. 8 Uhr: Operett.-Schlag.
Was junge Mädchen träumen?
Ab 8 1/2 Uhr. Spezialitäten

Volkshöhle
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Bruder Martin
Lessing-Theater.
Sommerpielzeit
Abendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in D. Glas d. Jungfrau
Deutsches Künstler-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.

Union-Klub, Berlin.
Annahme für Vorwetten
für Rennen in Berlin und im Reich
Schadowstraße 8 für persönliche und Postaufträge.
Kurfürstendamm 234 Neukölln, Bergstr. 43
Bayerischer Platz 9 Potsdamer Straße 23a
Oranienburger Str. 48/49 Kurfürstendamm 65
Schöneberg, Hauptstr. 9
und Theaterkassen der Firma A. Wertheim:
Leipziger Straße 126 Tauentzienstraße 12a
Rosenhaller Straße 29/31 Nollendorfplatz 7
Königsplatz Rathenower Straße 2
Königsstraße 31/32 Planitzer 24

Annahmeschluss:
Für Berliner Rennen 3 Stunden vor Beginn des ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag.
Postaufträge werden angenommen.
Ausführliche Wettbedingungen in allen Wettannahmestellen erhältlich.

Die auf 25% festgesetzte Dividende gelangt vom 5. d. M. ab gegen Dividendenschein Nr. 54 bei dem Bankhaus Georg Fromberg & Co., Berlin, Jägerstr. 9, zur Auszahlung.
Berlin, den 3. Juli 1920.
Berliner Speditions- und Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft
(vormals Barts & Co.)
Der Vorstand.

300 Mille Zigarren
in der Preisliste von Mk. 425.— bis 1500.— pro 1000 inf. Siamer ab Gebitt. Die Anstellung und Selbstkostenpreise. Zigarren sind aus rein überseeischem Material, somit bester Qualität, in 1/10 und 1/20 Packung. Käufer gegen Rücknahme gibt ab. Gefälligst gefucht. 7040

Franz Oehme, Zigarrenfabrik,
Hainichen 1. Sa.

Zigaretten
ohne Tabak 100 Gekkt
Mk. 25.— an Zigarren,
100 Gekkt Mk. 55.— an
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).
Aus erster Hand!
Zigaretten
Qualitäten. 1/10 400 Stk. mit Steuer. Berl. Rodm. nicht unter 1/10. Franz Campe, Göttingen.

Geld-
Verdienst durch eine gute Idee. — Wegweiser durch Klausner & Co., Berlin SW 13, Friedrichstraße 9.

Disconto-Gesellschaft, Berlin.

Der Gewinn-Austellschein Nr. 94 unserer Kommandit-Anteile wird mit

M. 60.— für die Stücke von 600 M.,
„ 120.— für die Stücke von 1200 M.
vom 6. Juli 1920 an bezahlt

- in Berlin bei unserer Kuponkasse, W., Behrenstr. 43/44,
 - Aachen bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Filiale Aachen,
 - Augsburg bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,
 - Barmen bei dem Barmen Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,
 - Bielefeld bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Bielefeld,
 - Bonn bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Filiale Bonn,
 - Braunschweig bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Braunschweig,
 - Bremen bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Bremen,
 - Breslau bei dem Bankhaus E. Heilmann, bei dem Bankhaus G. v. Pachtal's Enkel,
 - Cassel bei dem Bankhaus L. Pfeiffer,
 - Coblenz bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Coblenz,
 - Cöln bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.,
 - bei dem Bankhaus A. Levy,
 - bei dem Bankhaus S. L. Oppenheim Jr. & Cie.,
 - Crefeld bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Filiale Crefeld,
 - Danzig bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Danzig,
 - Dessau bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Dessau,
 - Dresden bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden, bei dem Bankhaus Philipp Elmeyer,
 - Düsseldorf bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein Düsseldorf A.-G.,
 - Erfeld bei dem Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne,
 - Essen bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Essen,
 - Frankfurt a. M. bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., bei dem Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,
 - Halle a. S. bei dem Halle'schen Bank-Verein von Kullsch, Kämpf & Co., bei dem Bankhaus Reinhold Steckner,
 - Hamburg bei der Norddeutschen Bank in Hamburg, bei der Vereinsbank in Hamburg,
 - Hannover bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Hannover, bei dem Hannoverischen Bank, bei dem Bankhaus Ephraim Meyer & Sohn, bei dem Bankhaus A. Spiegelberg,
 - Hildesheim bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Hildesheim,
 - Karlsruhe i. B. bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G., bei dem Bankhaus Velt L. Homburger, bei dem Bankhaus Straus & Co.,
 - Königsberg i. Pr. bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Königsberg i. Pr.,
- Berlin, den 5. Juli 1920.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Preuss. Staats-Klassenlotterie
214 000 Gewinne und 2 Prämien
in 5 Klassen mit rund
97 Millionen Mark
Möglicher Höchstgew. **1 Million Mark**
Ziehung der 1. Klasse: 13. und 14. Juli
Haupt-Gewinn **100 000 Mark**
Lose: 7.30 14.60 29.20 58.40 M.
(Postgebühr u. Liste 50 Pf. besonders) Erhältlich bei den
Preuss. Lotterie-Einnahmern Groß-Berlins

Dr. med. Holländer,
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden
ohne Quecksilber, ohne Berufsstörung,
Blutuntersuchung.
Aufkl. Broschüre Nr. 12, diskret verschlossen Mk. 2,50
Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II.
Täglich 11-1, 3-7, Sonntags 11-1. 127/4

Dr. Hoffbauer's ges. gesch.
Lecithin-Präparate
in Pillen und Pulverform
Aus reinem, dem Hühnerlei entzogenem
Nervstoff oder Lecithin bestehend, daher
eine natürliche, vollwertige Ergänzung des
im Körper verbrauchten Nervstoffes.
Gratis-Broschüre versendet auf Wunsch
Elefantien-Apotheke, Berlin SW 19
Am 2. 7192, Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz).

Waschgefäße
aus bester (und geb. ein. Gurzen-
u. Einlegeblech) Arbeit billig
nur an Preuss.
O. Karich (Großhandl.) Sa.
Preislist. gratis. Berlin p. Rodm.

Spez. Beh. Ischias
nur für
in Hüften, Gesäß und Beinen.
Da schwere Fälle in 18 Tag-
besichtigt werden, hierüber un-
antastbare Heilerfolge be-
stehen und Referenzen
Invalidenstr. 106
von 9-3. **Jacoby**

Kupfer,
Schling, Pins, Sint, Blei,
Platin, Gold- und Silberbesch.
sowie Kunst- u. Edelstein-
Kunst hochschliefend
Metall-Einkaufs-Zentrale,
Kottbuser Damm 66
(Sermannplatz). Mpl. 133 80

Armeeepistolen 08
Parabellum
Mauser 9 Millimeter
kaut und sehr höchste Preise
Berlin SW,
W. Dietke, Kommandantenstr. 55

Isolierten Kupferdraht,
Litzen und Wachsdraht,
kaut höchstzahlend
ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel. Lützow 1705 und 1818.

Kupfer Mk. 7, 90
Messing, Blei, Zink,
Roßguß höchste Preise.
Extra-Preise für
Händler
nur Lothringer Straße 25.

Kriegsanleihe wird mit 84% in Zahlung genommen.

Jetzt kaufen Sie billig!

Für die Reise: Reizende Sport-
Sport Trikot-Jacken M. 20.—
Sport Regenmäntel 229. Seidenmäntel 300, 390. Loden-
mäntel mit Kapuze 246, 390. Lodenkostüme sehr billig.
Covertcoatmäntel 250 bis 495, Kostüme 135 bis 1200,
Gummimäntel für Damen 445, für Herren 585,
Pelzmäntel 2500, 4200, 6700, Reise-Ulster 146, 225.
Plüschmäntel jetzt extra billige Preise.

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115
Sonntags geschlossen!

Neue Bolschewistenoffensive.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Warschau: Die Bolschewisten haben die erwartete Offensive an der Nordfront nördlich der Bahn Radetschno-Polozk begonnen. Fünf Divisionen, Tanks und Panzerzüge wurden gegen den Durchbruch zwischen den Seen südlich von Schadow und nördlich der Bahn angeführt. Der Durchbruch des ersten Vorstoßes wurde verhindert.

Rücktritt der estnischen Regierung.

Reval, 6. Juli. (M.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des estnischen Kabinetts machten der konstituierenden Versammlung von ihrem Rücktritt Mitteilung. Demzufolge hat die ganze estnische Regierung ihre Demission eingebracht. Die Kammer übertrug darauf dem Präsidenten das Recht, mit den einzelnen Parteien innerhalb der konstituierenden Versammlung die Bildung der neuen Regierung zu regeln.

Für die Freigabe der Kriegsgefangenen.

Die Offiziersvereinigung an Marschall Foch.

Berlin, 6. Juli. Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik hat durch Vermittlung der französischen Vorkommando in Berlin an den Marschall Foch nach Spa folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Marschall, in Frankreich befinden sich noch deutsche Kriegsgefangene, die dort Gefängnis- und Zuchthausstrafen verbüßen, welche sie, wie uns berichtet wird, teilweise erhalten haben bei Fluchtversuchen und bei Handlungen, die damit im Zusammenhang stehen. Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik richtet an Sie, Herr Marschall, als den ersten Offizier Frankreichs, die Bitte, Ihren Einfluß aufzuwenden zu wollen, daß alle diese unglücklichen Menschen, auch wenn sie andere, als die oben genannten Taten begangen haben, der Freiheit, ihrem Vaterlande und ihren Familien wiedergegeben werden. Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik hat es sich zur Aufgabe gesetzt, an der Demokratisierung unserer Nation, in Sonderheit des deutschen Offizierskorps und an dem großen Werk der Völkerverständigung mit ganzer Kraft mitzuarbeiten. Helfen Sie uns, Herr Marschall, bei der letzteren Aufgabe durch Ihre warmherzige Vorkommlichkeit unserer Bitte bei Ihrer Regierung.

Nach einer Mitteilung der Agence Havas befinden sich in Frankreich noch 350 deutsche Kriegsgefangene, die dort im Lager Avignon zurückgehalten werden. Der größte Teil davon wird zu land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten verwendet und ihr Befinden soll, nach der französischen Quelle, nicht elend sein. Havas meldet dazu weiter: Deutsche Delegierte sollten in nächster Zeit das Lager Avignon besuchen und dem Präsidenten der Republik Vorschläge zur Begnadigung unterbreiten, so daß eine große Anzahl der Gefangenen freigelassen werden könne.

Ein Eingriff in die Abstimmungsrechte.

Polnische Machenschaften in Ostpreußen.

Der Entscheidungslampf um das ostpreussische Abstimmungsgebiet rückt in greifbare Nähe und die Anzeichen mehren sich, daß für den 11. Juli von beiden Seiten lebhaft gearbeitet wird. Die bei solchen Anlässen nicht mehr unbekanntlichen Uebergriffe der Besatzungsbehörden bleiben auch diesmal nicht aus. Die interalliierte Kommission in Allenstein hat in diesen Tagen durch ihre Kreisoffiziere verfügt, daß zwei getrennte Wahllisten für die Abstimmung verwendet werden, indem in der einen die Stimmen der dortigen Bevölkerung, in der anderen die der aus dem Reich hinzugezogenen Abstimmungsberechtigten gesammelt werden sollen. Dieses Verfahren, das auf polnische Machenschaften zurückzuführen ist, stellt einen großen Rechtsbruch der interalliierten Kommission in Ostpreußen dar, indem die Gleichheit der Abstimmung aus nachliegenden Gründen gefährdet werden soll. Die deutsche Regierung hat nach A. H. daraufhin in Paris und London ernsthafte Vorstellungen erhoben und eine Protestnote abgefaßt.

Kein Bergarbeiterstreik in Mansfeld.

Aber Erregung wegen des Steuerabzugs.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium in Magdeburg teilt mit: Die in der Presse erschienenen Berichte über einen Proteststreik der Bergarbeiter des Mansfelder See- und Gebirgskreises gegen den zehnprozentigen Steuerabzug entsprechen nach beim Landratsamt in Mansfeld eingezogenen Erkundigungen nicht den Tatsachen. Es wird auf allen Gruben gearbeitet, wenn auch eine gewisse Erregung unter den Arbeitern nicht zu leugnen ist.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung, Dienstag, den 6. Juli 1920, nachmittags 3 Uhr. Auf Antrag des Abg. Hübner (Soz.), ob der Regierung die im „Vorwärts“ vom 6. März mitgeteilten Tatsachen über enorme Ueberpreise der großen Eisen- und Stahlindustriellen während des Krieges bekannt seien, erwidert der Regierungsvorstand, daß eine Kommission im Oktober 1919 die Angelegenheit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgelegt hat. Präsident Lohde macht hierauf Mitteilung von einem Telegramm des Reichsfinanzministers, das die Minister Heinze und Gieseler nach Spa vermit. Der Untersuchungsausschuß hat daraufhin beschlossen, die Beratungen des Reichstages zu unterbrechen und erst nach Abschluß der Verhandlungen in Spa wieder aufzunehmen. Das Haus erklärt sich damit einverstanden. Die Besprechung der Interpellationen wird abgelehnt und es kommt zunächst ein säkularer Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen zur Verhandlung, der eine

Ergänzung zum Steuerabzug vom Arbeitslohn

bringt. Danach hat bei ständig Beschäftigten Arbeitnehmern der Steuerabzug im Falle der täglichen Berechnung des Arbeitslohnes der Abzug für 5 M., im Falle wöchentlich Berechnung für 30 M. und im Falle monatlicher Berechnung für 125 M. zu unterbleiben. Außerdem erhält sich der abzugfreie Betrag für jede zur Handhaltung des Arbeitnehmers zählende Person im ersten Fall um 1,50 M., im zweiten um 10 M. und im dritten Fall um 40 M. Ferner wird bestimmt, daß eine starke Staffelung für den Abzug Platz greift, die bis 50 000 M. 15 Proz. usw. bis bei einer Million 55 Proz. beträgt.

Abg. Heilmann (N.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme des Gesetzentwurfs in der Kommissionssfassung. Abg. Gieseler (N. Soz.). Der vorliegende Antrag bedeutet nicht eine Reform, er ist nicht anderes als der Versuch einer Verschleppung, und deshalb lehnen wir ihn ab. Wir verlangen Aufhebung der gesamten Bestimmung über den Steuerabzug. (Beifall bei den N. Soz.)

Abg. Braun-Franken (Soz.). Aus den Ausführungen des Herrn Vorredners ergibt sich, daß in der Unabhängigen Partei zwei Richtungen sind, eine, die den heutigen Entwurf ablehnt, und die andere, die ihn im Ausmaß angenommen hat. (Hört! Hört!). In diesem Gesetzentwurf wird eine Reihe von Fortschritten gegenüber dem bestehenden Gesetz geschaffen. Ganz besonders ist die Ungerechtigkeit beseitigt, daß der Abzug in gleicher Höhe bis zu dem höchsten Gehaltsmaßstab erfolgt, dies ist durch eine starke Progression, die bis zu 55 Proz. steigt, jetzt abgefaßt worden. (Beifall bei den Soz.)

Die Abg. Düwel und Fiegler (N. Soz.) bestreiten, als Ausschußmitglieder für den Gesetzentwurf eingetreten zu sein.

Abg. Niedmüller (Soz.) bekräftigt die Ausführungen des Abg. Braun. Ebenso Abg. Nierke (D. Sp.)

In der Abstimmung wird die Vorlage in allen drei Lesungen angenommen gegen die Stimmen der Unabhängigen.

Es folgt die

Dilätsvorlage

für die Mitglieder des Reichstages. Sie sollen eine monatliche Entschädigung von 1500 M. erhalten; für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Sitzung ferngeblieben ist, werden 50 M. davon abgezogen.

Abg. Spahn (N.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme des Gesetzentwurfs in der Kommissionssfassung.

Abg. Ledebour (N. Soz.): Wir sind gegen den Abzug, da dies eine Strafbesetzung für die Volksvertreter wäre. Wir werden deshalb gegen das Gesetz stimmen.

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Weisheitsprüfung wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Es folgt der Entwurf eines Gesetzes über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft. Danach wird die Regierung ermächtigt, einen Ausschuß von 24 Mitgliedern einzusetzen, der in Abwesenheit des Reichstages die notwendigen Gesetze verabschiedet.

Abg. Frau Riek (N. Soz.): Wir sind dagegen, daß einer Kommission so weitgehende Vollmachten eingeräumt werden. Wir verlangen, daß alle wichtigen Entwürfe dem Plenum vorgelegt werden.

Die Abg. Ledebour und Dr. Rosenfeld (N. Soz.) erheben Einspruch gegen die Vornahme der sofortigen dritten Beratung. Der Präsident bittet um die Ermächtigung, die nächste Sitzung und deren Tagesordnung selbst zu bestimmen.

Dann dankt der Präsident in warmen Worten der am nächsten Sonntag stattfindenden Abstimmung in Ost- und Westpreußen. Möge die Abstimmung eine gewaltige Kundgebung für das Deutschtum in den Ostmarken werden. Ostpreußen, Westpreußen, bleibt getreu! (Lebhafte Beifall und Händelklatschen.)

Preussische Landesversammlung.

148. Sitzung, Dienstag, 6. Juli.

Am Regierungstisch: Severing, Ademann, Cieser. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 12.40 Uhr.

Das Haus erledigt zunächst zahlreiche kleine Anträge. Eine Reihe kleiner Vorlagen wie Entlassung der Oberrechnungskammer und Ähnliches, wird durch Kenntnisnahme erledigt. Der Haushaltsentwurf wird ohne Aussprache dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Rechtstellung des Staatshaushaltsplans

für das Rechnungsjahr 1920.

Zur Geschäftsordnung beantragt

Abg. Dr. Kado (Dem.) Ueberweisung des Haushalts für 1920 nebst den dazu vorliegenden Gesetzentwürfen an den Haushaltsausschuß, und zwar ohne Aussprache. Wenn wir auch zu dem Ergebnis der Verhandlungen in Spa nur kleine Hoffnungen haben können, so muß doch alles vermieden werden, was geeignet ist, ein günstiges Ergebnis für Deutschland in irgendeiner Form zu gefährden. (Beifall.)

Abg. v. d. Osten (Dnat. Sp.): Der Haushalt muß beraten werden. (Große Unruhe.) Wir stellen die Partei nicht über das Vaterland. Es muß hier einmal eine scharfe Note angeschlagen werden. (Anhaltende große Unruhe.)

Abg. Siering (Soz.): Wir sind gegen den Antrag, weil wir nicht sehen können, weshalb unsere Verhandlungen ungünstig auf Spa wirken könnten.

Abg. Dr. Forst (Zentr.): Wir sind einstimmig der Auffassung, daß die Beratung verschoben werden muß. Das Land interessiert sich sicher mehr für Spa als für uns. (Beifall.)

Abg. Lubwits (N. Soz.): Wir legen gerade jetzt Wert darauf, Wahrheiten aus dem Fenster herauszusprechen.

Abg. Dr. v. Krause (D. Sp.): Auch wir wollen alles vermeiden, was irgendwie bei den Verhandlungen in Spa Schaden könnte.

Da den Anträgen der Demokraten widersprochen worden ist, kann geschäftsordnungsmäßig eine Abstimmung darüber nicht erfolgen. Deshalb tritt das Haus in die Beratung des Haushalts ein.

Finanzminister Lüdemann:

Die wichtigsten Verwaltungen Preußens sind in Vorkauf gekommen; das untersteht den gegenwärtigen Haushalt erheblich von den früheren. Die Einnahmen zeigen in Einnahme und Ausgabe 5,8 Milliarden gegenüber 9,6 Milliarden im Vorjahre. Der Abschluß für 1919 wird sich voraussichtlich noch ungünstiger stellen als der der Vorjahre. Bei den Eisenbahnen allein muß mit einem Verlust von 3,9 Milliarden gerechnet werden. Die Gewerkschaften für die Eisenbahnen belastet uns mit 118 Millionen. Der neue Haushaltsplan hält sich mit 5,6 Milliarden äußerlich das Gleichgewicht. Die Hauptmaßnahmen stellt der Anteil Preußens an der Reichseinkommensteuer im Betrag von 2148 Millionen. Trotz Einschränkung des Staatsbetriebs und des Beamtenapparates sind insgesamt

4450 neue Beamtenstellen

erforderlich gewesen, obwohl überall nach den Grundfähn strengster Sparsamkeit verfahren wurde. Die fundierten Schulden belaufen sich auf 10,6 Milliarden, die schwachen auf 14,8 Milliarden. Sie gehen nach Durchführung des Eisenbahnvertrages an das Reich über, so daß Preußen dann schuldenfrei dastehet. Leider wird die Staatswirtschaft sich aber nicht in den Rahmen einfügen, den der Haushaltsplan gezogen hat. Schon die Lasten der Besoldungsreform mit einem Gesamtanwachs von 4043 Millionen gehen weit über den veranschlagten Betrag hinaus; denn von dieser Summe bleiben 1331 Millionen ungedeckt. Abgesehen davon, hat sich die Finanzlage durch neue Forderungen verschlechtert, für die auch noch keine Deckung gefunden ist.

An laufenden Ausgaben sind durch die neuen Tarifverträge für die Angestellten 200 Millionen Mark hinzugekommen, für die Sicherheitspolizei mehrere hundert Millionen und 180 bis 200 Millionen für die Gewerkschaften. Dazu kommen 600 Millionen für Darlehenszinsen, etwa 60 Millionen für den Kleinwohnungsbaue und etwa 50 Millionen für die Verbilligung des Holzpreises. Während der vorliegende Haushaltsplan mit 5,6 Milliarden balanciert und dabei noch eine Reserve von 528 Millionen für Besoldungsvorlagen bereithält, sind in den verflochtenen Monaten über

zwei Milliarden ungedeckte neue Anforderungen entstanden. (Bewegung.) Im Falle hat man es immer noch nicht begriffen, daß auch der Staat arm ist, wenn das Land arm ist, und Preußen ist ein armes Land. Preußen ist heute nur noch ein Glied des merkwürdigen deutschen Einkreislaufs, denn es hat wichtige Stücke seiner Steuerhoheit an das Reich abgegeben und erhält

von der Reichseinkommensteuer nur noch festbegrenzte Anteile. Dadurch wird die Finanzlage Preußens ernst, ebenso die der Gemeinden, die nicht mehr Zuschläge zur Einkommensteuer erheben können. Das Reich hat sich allerdings bereit erklärt, auf unser Drängen von den aufkommenden Beträgen aus der Einkommensteuer den Ländern einen halben Jahresbeitrag zur Verfügung zu stellen, aus dem Preußen vorzugsweise die Gemeindeverbände befristet wird. Die Gemeinden werden auch entlastet durch Preußens Uebernahme eines erheblichen Teils der Volksschulden der Gemeinden im Gesamtbetrag von 1400 Millionen. Die Erhebung neuer Einnahmen soll durch Erhöhung der Gebühren und der Geldstrafen erreicht werden. Vor allem müssen aber die Ausgaben auf das äußerste eingeschränkt werden. Die bisherigen Finanzengpässe kann sich ein kleineres und verarmtes Preußen nicht mehr leisten. Der Abbau wird auch bei den Zentralstellen durchgeführt werden müssen. Dieser kann das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, sobald die Wasserstraßen an das Reich übergegangen sind, seine Tätigkeit einstellen. Nur ein einheitliches

Ministerium für die wirtschaftliche und soziale Organisation der Arbeit

ist noch nötig. Bei Durchführung dieser Neuorganisation und des Haushaltsentwurfs, ferner bei Abfassung der behördlichen Schwerefalligkeit und bei möglichst weitestehender Durchführung des Grundgesetzes der größten Leistung bei kleinstem Aufwand braucht Preußen dann auch künftig noch nicht zu verzweifeln.

Abg. Woldt (Soz.):

Einem vorzeitigen Auseinandergehen der Landesversammlung würden wir nicht zustimmen, denn wir sind gewöhnt, um Preußen eine Verfassung zu geben; auch die Wahlgesetze, der Haushalt, die Vertretung der Provinzen im Reichsrat und eine Anzahl anderer Verwaltungsgesetze müssen erst durchgeführt werden. Gegenüber der rückwärtsgehenden Partei der Unabhängigen geht der Ernüchterungsprozess der Arbeiterschaft erstlich vorwärts. Im Hinblick auf Spa stelle ich fest, daß die Kriegstreiber und Kriegsböher auch in Preußen politisch und parlamentarisch in der Minorität sind. Hinter uns stehen die entscheidenden politischen Kräfte, die zum Wiederaufbau der Völker und zur Befestigung des Völkerefriedens eifrig bereit sind. Wir sind

gegen den Abbau der Uebergangswirtschaft,

wo sie durch den Ueberfluß an Produktion gelockert werden könnte, verlangen wir Gemeinwirtschaft. Nicht ein Abbau der Löhne, sondern eine Senkung der Lebensmittelpreise ist nötig. Den Ausgangspunkt für alle gesetzlichen Regelungen muß immer das Wohl der Arbeiterschaft geben; daran haben die Wahlen nichts geändert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Niehl (Zentr.): Der Etat macht äußerlich einen guten Eindruck, aber bei näherer Prüfung stellt sich dieser Eindruck als eine Augenblindercheinung heraus. Tatsächlich ist die Deckung des Reichbedarfs der neuen Besoldungsordnung nicht gegeben. Das Volk muß sich klar machen, daß es endlich wieder aufwachen heißt zur Sparsamkeit, Arbeitsfruchtbarkeit, Sitte, Ordnung und Ruhe. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dominicus (Dem.):

In den politischen Sirenen mischen wir uns nicht ein. Die Unentbehrlichkeit der Demokratischen Partei an der politischen Mitarbeit ist trotz ihrer Niederlage im Wahlkampf erwiesen. Die Neubildung der Regierung wäre ohne sie ganz ungemessen erschwert worden; andererseits sind zu unserer Genugtuung bei der Neubildung die Grundsätze der Demokratischen Partei zur Geltung gekommen. (Zustimmung bei den Demokraten.) Die Verwaltung leidet unter bedeutenden Mängeln. Sparmaßnahmenpolitik bei wissenschaftlichen Instituten erscheint uns unangebracht. Das Besoldungsproblem muß einheitlich gelöst werden. Das Wohnungspolizeiproblem verlangt, daß das Reich im Osten endlich geschlossen wird. Die Ueberlandlandanalvorlage muß bedingt verschoben werden, denn gerade hier bietet sich eine vorzügliche Gelegenheit zur Beschäftigung zahlreicher Arbeitskräfte. Die Uebergangswirtschaft muß weiter abgebaut werden; in der Demokratisierung der Beamtenchaft stellen wir an die Spitze die Förderung persönlicher Tüchtigkeit. Eine feste Regierung würden wir uns nicht gegen unsere Unterdrückung leisten. (Lebhafte Beifall bei den Demokraten.)

Abg. v. d. Osten (Dnat. Sp.):

Das Finanzbild Preußens ist erschütternd. Das alte Regime war ungleich sparsamer! Dem Volkswahl muß durch eine entsprechende Ernennung von Landräten und anderen Beamten Rechnung getragen werden. Das Ministerium arbeitet aber nicht nach demokratischen Grundsätzen, sondern in der Art eines napoleonischen Präsektorsystems. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Als ein Regierungspräsident fragte, was denn gegen ihn vorläge, sagte ihm ein Herr von der Regierung: Das weiß ich selber nicht, aber die Besetzung der Landrätsämter entscheidet die sozialdemokratische Fraktion. (Anhaltendes Hört! Hört!) Wenn der sozialdemokratische Redner meint, hinter ihm ständen die Kräfte für den Wiederaufbau, so müsse doch gesagt werden, daß sich die Sozialdemokratie im Reichstage der dadurch gegebenen

Sticht entgegen

hat und in die Opposition gegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Arbeiterschaft und Sozialdemokratie ist nicht dasselbe. Die Arbeiterschaft muß sich namentlich von dem Irrwahn der internationalen Verbündelung und von dem Irrwahn des Klassenkampfes abwenden. Nicht das, sondern nationaler Aufbau und Fortschritt können uns helfen. (Anhaltende große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der pommerische Landarbeiterstreik ist ein typisches Beispiel für einen politischen Streik, die die Berliner Verhandlung angezettelt hat. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.) — Rufe: Sprechen Sie doch über den Diebstahl! Das Volk leidet nach Autorität und Ordnung, befreien wir es von der Parteilichkeit. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Leib (N. Soz.):

Nach dem Ausgang der Wahlen hat die Landesversammlung überhaupt keine Existenzberechtigung mehr. Ihre Aufgabe, die Verfassung zu geben, hat die Versammlung nicht gelöst, und wenn sie so weitermacht, wird es nie gelingen. Gegen die Landräte hat sie nur zu wenig getan. Wir erheben aber Einspruch dagegen, daß ein Mann wie Koste Oberpräsident wird. Nach dem Ausfall der Wahlen hat die Reichspolitik vollkommen Schiffbruch erlitten. So ist keine Ernennung eine Prozedural der Arbeiterschaft. Der 800000-Mark-Fonds zur Bekämpfung des Verbrechertums ist lediglich ein Spießfuß. Welche Stellung hat eigentlich der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit? Bisher machte er eigene Politik. Der pommerische Landbau stellt sich den industriellen Erbschaftsmachern würdig an die Seite. Die Klassenjustiz feiert Orgien, namentlich im Ruhrgebiet. Geht unsere politischen Gefangenen heraus! (Lebhafte Beifall bei den N. Soz.) Das Schlimmste ist die

Dreifachung der Warburger Mordbeute.

Zwischen Ausbeutern und Ausbeulerten gibt es keine Verjährung. Der Klassenkampf wird zum Sozialismus führen. (Beifall bei den N. Soz.)

Danach wird die Besprechung abgebrochen.

Das Haus verweist eine Reihe kleinerer Vorlagen an die entsprechenden Ausschüsse. Für das Lehrerbildungsgesetz wird ein besonderer Ausschuß gebildet. Präsident Leinert gibt darauf eine Erklärung gegen die in der Presse geäußerte Auffassung ab, daß er die Nachprüfung der Besoldungsvorlage zugunsten der Beamten verschleppt habe. Gegen die damit verbundenen Vorwürfe der „Deutschen Tageszeitung“ sich zu verwehren, hält der Präsident für unter seiner Würde. — Danach verläßt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr: Weiterberatung des Haushalts.

Gewerkschaftsbewegung

Massendemonstration gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Ankündigung einer Massendemonstration gegen die Arbeitslosigkeit hatte am gestrigen Dienstag nachmittags zehntausende Erwerbslose, Arbeiter und Angestellte auf die Beine gebracht, die sich von der vierten Nachmittagsstunde an in langen Zügen nach dem Lustgarten bewegten. Man sah in den Trupps Tafeln mit Aufschriften wie „Wir haben Hunger! Wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit und Brot! Wir protestieren gegen die Stilllegung der Betriebe“ und andere mehr.

Im Lustgarten scharten sich die Massen dann um die Plätze, von denen die Redner der Gewerkschaften, der Kätezentrale, der Afa und der Arbeitslosenräte sprachen. Die Redner wiesen darauf hin, daß diese Kundendemonstration die Regierung aufrütteln solle, um die notwendigen Maßnahmen zur Behebung des Arbeitslosenleids zu treffen.

Es gelangte dann einstimmig eine Entschließung zur Annahme, in der folgende Forderungen aufgestellt werden:

Die am 6. Juli im Lustgarten Versammelten verlangen: Schaffung von Arbeit durch Reich, Staat und Kommunen unter Kontrolle der Betriebs- und Arbeitslosenräte sowie der Gewerkschaften, unter Bezahlung tariflicher Löhne. 2. Wiederaufnahme geeigneter stillgelegter Betriebe, deren Erzeugnisse für die Bedarfsdeckung der Bevölkerung unentbehrlich sind, und Umstellung der übrigen stillgelegten Betriebe zu wirtschaftlich notwendiger Produktion, eventuell mit Hilfe von Reich, Staat und Kommunen, jedoch unter Kontrolle der Betriebs- und Arbeitslosenräte sowie der Gewerkschaften.

3. Entlassung von Arbeitern bzw. Stilllegung der Betriebe darf nicht erfolgen. Läßt sich die Einschränkung der Produktion nicht vermeiden, so muß die Arbeitszeit verkürzt werden. Alle Maßnahmen, die den Produktionsprozeß beeinflussen, unterliegen der Kontrolle und dem Mitbestimmungsrecht der Betriebs- und Arbeitslosenräte sowie der Gewerkschaften. 4. Maßnahmen zur Beseitigung von doppelter Verdienstmöglichkeit, die der Kontrolle der oben Genannten unterliegen müssen. 5. Aufhebung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, wonach über die Dauer von 26 Wochen keine Unterstützung oder nur in besonderen Ausnahmefällen gezahlt werden darf. Beseitigung der Härten in den Bestimmungen über Rentenempfänger. 6. Sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung bis zu einer Höhe, die der gegenwärtigen Leistung entspricht.

Die Erwerbslosenunterstützung der Gewerkschaften darf nicht angedreht werden. Dem Erwerbslosen ist der Differenzbetrag, der sich aus der seither bezogenen und der sofort festzusetzenden höheren Unterstützung ergibt, entsprechend der Dauer seiner bisherigen Erwerbslosigkeit rückwirkend bis 1. März 1920 nachzuzahlen. Gleichstellung der Unterstützungssätze für die weiblichen und männlichen Gewerkschaften. 7. Kurzarbeitern ist eine ihrem Verdienstentgang entsprechende Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge zu zahlen. 8. Um das deutsche Volk-

schäftsleben wieder aufzurichten sind sofort die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern insbesondere auch mit Sowjet-Rußland wieder aufzunehmen.

Der Aufforderung der Redner, sich ruhig und in Ordnung nach Hause zu begeben, kam der größte Teil der Demonstranten nach. Viele blieben zurück und scharten sich um die plötzlich auftretenden kommunistischen Redner, die für ihre Ideen Propaganda machten. Zu erregten Szenen kam es an der Domtreppe, wo ein angeblicher Epistel von der Menge gestellt wurde, wobei sich eine Schlägerei entspann.

Richtung, S.P.D.-Betriebsräte!

Mittwoch, 5 1/2 Uhr, Germaniastraße, Chausseestraße 110: Bericht über die ergebnislos verlaufenen Verhandlungen mit der U.S.P.-Zentrale Münchener und Gewerkschaftskommission über eine gemeinsame gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. Im Verhinderungsfalle sind Ersatzleute mit Vertretung zu betrauen. Betriebsräte, die noch nicht gemeldet, legitimieren sich durch Betriebsausweis und Mitgliedsbuch der Partei.

BetriebsräteSekretariat S.P.D., In den Ketten 23.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Die Entschließung, die den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gestern vorgelegt wurde, ist mit der folgenden Abänderung der Einleitung angenommen worden:

Die am 3. Juli im Gewerkschaftshaus zu Berlin versammelten Vertreter der Bezirke und Ortsstellen des A. D. G. B. und der Afa stellen sich auf den Boden des Aufbaus und der Richtlinien der beiden Spitzenorganisationen zur Bildung freigeberischer Betriebsrätezentralen. In Anlehnung an das Betriebsrätegesetz, dessen Mängel und Hemmnisse für die Arbeiterklasse beseitigt werden müssen, ist der Kampf zur Erreichung des vollen Mitbestimmungsrechts in den Betrieben und zur Vergeßenschaftung der Produktion aufzunehmen.

Massenstreik in Königsberg.

Königsberg, 6. Juli. Heute früh 8 Uhr traten die Metall-, Holz-, Transport-, Brauerei- und Mühlenarbeiter in den Streik, weil die Arbeitgeber einen ergangenen Schiedsspruch abgelehnt hatten. Falls der Magistrat die Forderungen der Gas- und Elektrizitätsarbeiter nicht bewilligt, werden auch sie in den Kundstand treten.

Achtung! Stuck- und Gipfbanbranche!

Die Verhandlungen in unserer Branche sind beendet und haben folgendes Ergebnis gezeitigt:

Der Tarif hat Gültigkeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921. Der Lohn beträgt vom 1. April bis 25. Juni — einschließlich für den Tag des 1. April — für Bildhauer, Stuckateure, Kabin-, Kolwasche- und Zementdrahtmacher sowie Plattenseher 7 M., Radspanner und Pappträger 6,75 M., für sämtliche Hilfsarbeiter 5,75 M. die Stunde. Für Abnutzung des Werkzeuges sind außer-

Bildhauern, Trägern und Hilfsarbeitern 3 Pf. pro Stunde mehr zu zahlen.

Vom 26. Juni bis 31. August erhöht sich der Lohn, außer Hilfsarbeitern, um 50 Pf., und für diese ab 1. Juli um 85 Pf. die Stunde. Des weiteren beträgt die Auslösung bei auswärtigen Arbeiten pro Tag 11 M. Mindestlohn.

Der Arbeitsnachweis befindet sich Kädertstr. 9, es wird die Vermittlung nur dort in der Zeit von 8—11 Uhr vormittags vorgenommen. Die Sektionsleitung.

Reichswerk Spandau.

Dem Arbeiterrat der Metallwarenfabrik wird und geschrieben: Ehemalige Arbeiter und Arbeiterinnen des Reichswerkslaboratoriums, die nicht unmittelbar nach Schließung der Betriebe Arbeit gefunden haben, können, falls noch keine Bezahlung der Entschädigungssumme in Höhe eines vollen Lohnes an sie erfolgt ist, ihr Anrecht auf diesen Betrag geltend machen. Schriftliche Anträge sind möglichst bald bis 25. Juli unter Vorlegung einer Bescheinigung des ersten Arbeitgebers nach Schließung der Betriebe über Einstellungstag an den Arbeiterrat der Metallwarenfabrik Spandau zu richten.

Tarifvertrag für Redakteure und festangestellte Mitarbeiter. Der zwischen dem Reichsverband der Deutschen Presse, Bezirksverband Berlin-Brandenburg, und dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe am 24. Januar 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehälter und Anstellungsbedingungen für Redakteure und festangestellte Mitarbeiter der Tageszeitungen ist für das Gebiet des Landespolizeibezirks Berlin mit Wirkung vom 1. Mai d. J. für allgemein verbindlich erklärt.

Des weiteren ist der zwischen dem Deutschen Fachverband der Bureauindustrie G. G., Fachgruppe Bureaumaschinenhändler Groß-Berlin, und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, mit Wirkung vom 2. Februar 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bureaumaschinenreparateure für den genannten Berufsstand für das Gebiet Groß-Berlin vom 1. April 1920 ab für allgemein verbindlich erklärt worden.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 5a (Rechtsanwaltsangestellte). Öffentliche Versammlung 7. Juli, 7 1/2 Uhr, Germaniastraße 110 (Bericht über die Streikbewegung). Fachgruppe 5b (Botenmannschaftsangestellte). Mitgliederversammlung 8. Juli, 7 1/2 Uhr, „Alexandriener“, Alexandrienerstr. 77a (Stand der Gehaltsbewegung). Fachgruppe 6b (Spezialangestellte). Mitgliederversammlung 8. Juli, 7 1/2 Uhr, „Gleichheitshaus“, Potsdamer Straße 96 (am Haselstein Markt). Fachgruppe 14d (Buchbindungsindustrie). Mitgliederversammlung 8. Juli, 7 Uhr, „Oberlands Heim“, Neue Friedrichstr. 25. Fachgruppe 15a (Bergmannsangehörige, Berlin und Potsdam). Mitgliederversammlung 8. Juli, 7 Uhr, „Völkchen“, Buchstr. 2 (für gleiche Arbeit gleichen Lohn). Fachgruppe 16d-h (Papiergewerbe). Mitgliederversammlung 8. Juli, 7 1/2 Uhr, „Sophtenstraße“, Sophienstr. 17/18. Jugendliche Berufswahlleute. Vollerversammlung 8. Juli, 7 1/2 Uhr, Verbandslokal. Deutscher Werkmeisterverband. Bezirksverein Berlin 17. Freitag, den 9. Juli, nachmittags 5 Uhr: Generalversammlung im „Alexandriener“.

Wetterbericht bis Donnerstag mittag. Zeitweise heiter und ziemlich warm, aber veränderlich, im Nordwesten zahlreiche, in den anderen Gegenden mehr vereinzelte, meist geringe Regenschauer, reichliche Gewitter.

Berichte für den redakt. Teil: Dr. Berner Verlag, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Giese, Berlin. Verlag: Verlags-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, Etage 2. Schlags.

Ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis

Angebot für die Zeit vom 7.-25. Juli

Sakkoganzüge

Serie I M. 875.-
Serie II M. 1075.-
Serie III M. 1275.-

Ulster

Serie I M. 875.-
Serie II M. 1075.-
Serie III M. 1275.-

Herrenwäsche

Bunte Oberhemden mit passend. Kragen:

Serie I M. 85.-
Serie II M. 125.-
Serie III M. 165.-

Reinseidene Krawatten von M. 15.- an
Sporthüte und Mützen von M. 35.- an

Unsere fertige Kleidung ist ebenbürtig jeder Maßarbeit und aus besten englischen Stoffen hergestellt!

Auf alle anderen Artikel eine Preisermäßigung von **25%**

Gebr. Wolff & Keller, Berlin W, Leipziger Straße 29 Ecke Friedrichstraße
Das Haus der Herrenmoden

Städtische Bekleidungsstelle Neukölln, Bergstr. 29

Eigentümerin:
Stadtgemeinde Neukölln

Ganz bedeutende Preisermäßigungen!

HERREN-KONFEKTION

Anzüge, saubere Verarbeitung, gute Stoffe M. 650, 550, 425, 345
Sommer-Paletots, Matengo, gefüttert M. 345

Hosen, gestreift M. 165, 145, 125, 100, 75⁹⁰
Drell-Anzüge (in Stand gesetzt) M. 50

DAMEN-KONFEKTION

Kostüme in farbigen, dauerhaften Stoffen, neueste, lange Formen, jetzt M. 515, 385, 245, 185, 125
Sommer-Mäntel in seidenartigen, imprägnierten Stoffen, auch Quammäntel, jetzt M. 395

Damen-Röcke in farbig, blau oder schwarz, nur erprobte, haltbare Qualitäten, jetzt von M. 35⁵⁰ an
Solide Blusen fürs Haus, farbig oder dunkel, dauerhafte Waschstoffe, jetzt von M. 80⁸⁰ an

Halbschwere Ulster in verschiedenen Farben, modernste Musterungen und Formen, jetzt M. 325

Elegante Blusen in Batist, Crep de chine, Atlas usw., mit Stickerei und Handhohlsaum, jetzt von M. 58 an

Verkauf an Jedermann. Auch an Nicht-Neuköllner. Verkaufszeit von vorm. 8 bis nachm. 6 Uhr.